

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

Abonnementspreis 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.

Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark. Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die Stellen, spaltens Kolonnenweise resp. bezw. Raum 1.— Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraph-Adresse: **Verband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt. Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**  
Druck u. Verlag von **Sandmann & Co., Bochum, Wemmelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Zur Jahreswende.

Die Zeit verschwindet ohne Hall und Ton, Vollendet hat das alte Jahr den Lauf, Zwölf Monde wieder sind dahin geflohn Und neue Pflichten steigen für uns auf, Für alle Knappen rings im deutschen Land Und diese heißen: Stärket den Verband! —

Wohl haben stetig wir daran geschafft, Daß überall er kräftig Wurzel schlug, Doch stärker wachsen muß noch seine Kraft, Ist sie doch immer noch nicht stark genug. — Erst wenn verdoppeln wir noch Turm und Wall, Kommt auch der starre Herrentrutz zu Fall. —

Ja stark und machtvoll muß der Panzer sein, Der uns umgibt — geschlossen jeder Ring — Und fest gefügt wie der granit'ne Stein, Sonst ist sein Schützen nur ein eitel Ding. — Der Goldesmacht hält er dann nimmer Stand, Drum Knappen, stärket und mehret den Verband. —

Wie wär' es leicht, wenn nur zu einem Heer Die Vielzersetzer sich erst geeint, Der Hader flöh' auf Nimmerwiederkehr, Und nicht genörgelt würde und gegreint — Sort wär' der Fluch, der uns so lang' bedrückt, Der unser Recht und uns're Macht zerstückt. —

So sorgt denn, Knappen, daß im neuen Jahr, (Zwölf Monde habt ihr eine gute Stiff) Die Friedenssonne leuchtet hell und klar, Weil sie die Stärke uns're Knappschaff ist. — Vor allem aber sorgt, daß der Verband Sich mehrt und kräftigt rings im deutschen Land. —

H. K.

## Herrenrecht.

### Ein „nationales“ Neujahrsgeschenk.

Die Werkvertreter haben in der Generalversammlung des Bochumer Knappschaffvereins am 28. Dezember nicht nur die Vermittlungsanträge der Vesteisen-Nobis-Kombi und Genossen abgelehnt, sondern stimmten auch gegen den Unterantrag der Vesteisen-Schalte-Nobis und Genossen, der den Werkbesitzern noch mehr entgegenkam. Für den letzten Antrag stimmte aber auch etwa ein Sechstel der Werkvertreter, womit unwillkürlich bewiesen ist, daß auch ein erheblicher Teil der Werkvertreter den Vesteisenantrag für durchführbar hält und sich nicht auf den unbedingten Personalantritt stellt. Dieses Abstimmungsverhalten besitzt eine außerordentliche sozialpolitische Bedeutung.

Nicht mehr können die Werkherren sagen, sie seien sich einzig in der Auffassung über die Möglichkeit der von den Arbeitern gewünschten Knappschaffsreform. Die feilen Schreiberknechte, die ohne Ahnung vom Knappschaffswesen, zu Gefallen der Nichts-als-Herrenmenschen in der Presse behaupten, die Vesteisenanträge seien „undurchführbar“, haben von den humaneren Werkvertretern, die für den Arbeiterantrag stimmten, moralische Ohrfeigen erhalten.

Zum ersten Mal würde die Generalversammlung **politisch überwacht**! In der Tat, es paßte gut zusammen: **politische Überwachung** — bei der **Aktionierung des Zwangsstatuts!** Denn durch die Ablehnung der Reformanträge seitens der Werkvertreter ist das Zwangsstatut auf eine unbestimmte Zeit in Kraft getreten! Auch der letzte Rest ihres Mitbestimmungsrechtes ist den Arbeitervertretern einseitig genommen. Dabei dürfte die Polizei nicht fehlen.

Den Verlauf der Generalversammlung können wir ausführlich erst in nächster Nr. sayldern. Heute wollen wir nur die Hauptmomente und die fest geschaffene Lage kennzeichnen.

Wieder war es Herr Berggasseffor Kleine, Sohn des bekannten nationalliberalen Stadtrats und früheren Reichstagsabgeordneten Kleine-Dortmund, der als Wortführer der Werkvertreter auftrat. Wieder versuchte er die Vesteisen ins Unrecht zu setzen, berückte er, ihnen die Verantwortung aufzubürden, indem er lang und breit aufzählte, wie viel die Werkherren „entgegen“ kämen. Von dem, was alles den Arbeitern, seitdem die Unternehmer die Knappschaffskasse beherrschten (1864), genommen worden ist, sagte Herr Kleine kein Wort! Daß die Werkherren im Ruhrgebiet allein in den Jahren 1895 bis inklusive 1906 fast 36 Millionen Mark weniger Beiträge als die Arbeiter in die Knappschaffskasse zahlten, (wodurch schon die behauptete, schlechte Finanzlage genügend erklärt ist), davon sagte Herr Kleine auch kein Wort. Sagte auch nichts davon, daß trotz fast 36 Millionen Mark Minderbeiträge die Werkbesitzer doch die ganze Kassenverwaltung faktisch beherrschten. Sagte auch nicht, daß z. B. in der Periode 1885/1902 die jährlichen Arbeiterbeiträge durchschnittlich von 25 auf 52 Mk. **hinaufgesetzt**, die durchschnittlichen Invalidenpensionen aber von 261 auf 236 Mark **herabgesetzt** wurden! Das zu sagen, lag nicht im Interesse der von Herrn Kleine vertretenen Gruppe. Vesteisen-Nobis bezeichnete die Behauptung des Vorredners „seine“ Verginvaliden verdienten neben ihrer Pension noch

zirka 100 Mark monatlich, für unwahrscheinlich, aber auch gar nicht maßgebend. Die meisten Invaliden befanden sich in großer Notlage. Wir raten Herrn Kleine, sich einmal die Armenkassenrechnungen anzusehen, dort wird er finden, daß die „gutverordneten“ Verginvaliden, Witwen und Waisen in hohem Maße den gemeindlichen Armenkassen zur Last fallen! Hier wenigstens etwas Besserung zu schaffen, ist der Zweck der Arbeiteranträge.

Die Vesteisen haben tatsächlich ihre meisten Reformanträge zurückgezogen, um nicht als Alles-oder-Nichts-Vollstreiter zu erscheinen. Sie wollten schließlich nur eine Verbesserung der Bezüge derjenigen Invaliden, die infolge des Fortfalls des Rindergeldes trotz höherer Beiträge schlechter gestellt werden nach den Werksanträgen, wie laut dem alten Statut. Um ihren Anträgen auch die finanzielle Unterlage zu geben, erklärten sich die Vesteisen endlich noch bereit, zwecks Erhöhung der Pensionen noch 2 Pfennig mehr Beiträge zu bewilligen. Das war der letzte Antrag. Für ihn stimmte auch etwa ein Sechstel der Werkbesitzer! Diese Herren haben dadurch den Arbeiteranträgen das Zeugnis der Durchführbarkeit ausgestellt und sich selbst geehrt.

**Aber die große Mehrzahl der Herren wollte einfach nicht!** Sie gaben die Entscheidung. Sie wollten keine Vergütung der vielen Invaliden, die durch das verhängte Knappschaffsgesetz um in vielfähriger Beitragszeit erworbene Rechte gebracht sind. **Um launige 2 Pfennig Mehrbeitrag willen haben diese Werkherren das Einigungsstatut scheitern lassen!!!**

Wenn im Vergleich der Wetterfahle gleich Duzende, manchmal waren es Hunderte, Bergarbeiter törete, wie schwoll dann das Trauerlied vom „braven, unglücklichen Bergarbeiter“ zu mächtigen Weilsbezeugungen an! Nun aber die Vertreter dieser braven, unglücklichen Vergleute eine geringe Vesserstellung der Indusriepflichter und ihrer Hinterbliebenen verlangen, wird das abgelehnt! Abgelehnt in der Weihnachtswoche! **Wahrlich ich sage euch, was ihr dem Geringsten unter euch tut, das tut ihr mir!**

Christentum und Nationalgefühl soll gepflegt werden. Schwere Opfer an Gut und Blut verlangen Staat und Industrie von den Bergarbeitern. Mit 40,6 Jahren trat der Ruhrbergmann 1896 in den Invalidenstand ein. 1906 war er schon im 47. Lebensjahr invalide, nach durchschnittlich nur 20,7 Arbeitsjahren! **Beinahe tausende verkrüppelten, tausende wurden sofort gerichtsunkert!** Der Bergbau sieht förmlich Menschen! **Beinahe zehn Jahre früher wie andere Arbeiter ist der Bergmann am Ende seines Lebens!** Wahrhaft christlich und national gehandelt wäre es, wenn diesem unglücklichen Bergmann ein wenigstens halbwegs sorgenfreier Lebensabend beschieden würde. **Abgelehnt!** „Edel sei der Mensch, hilfreich und gut!“

Nachdem die Vesteisen soweit — nach Ansicht der gewaltigen Mehrheit der Knappschaffsmitglieder sogar zu weit — ihre Anträge ermäßigt hatten, da hätten sie auch das Letzte fahren lassen, für die ungerechten Werksstatuten stimmen sollen? **Nein und tausendmal nein!!!**

Es ist genug der Demütigungen! Was das Gesetz an Entrechtungen bringt, wir haben es nicht beschloffen. Daß die Vesteisen auch noch die Hand bieten sollten, um sich an den Invaliden, Witwen und Waisen zu vertheidigen, damit nur nicht die **Arbeiterentrechtende Tätigkeit der „nationalen“ Dreiklassenwahlleute** zum Vorschein komme, das kann man den Vesteisen nicht zumuten. Wir haben an dem verhängten Gesetz und dem Zwangsstatut nicht mitgeholfen. Das Gesetz ist entstanden unter der maßgebenden Führung nationalliberaler Parteileute und Werkvertreter! **Wenn Arbeitervertreter ist dafür verantwortlich.** Das Gesetz und damit das Zwangsstatut ist ein **nationalliberales Neujahrsgeschenk** für die Vergleute. Weil die fast durchweg nationalliberalen Werkvertreter in der G.-V. nicht einmal die launigen 2 Pfg. Mehrbeitrag bewilligten, muß das Zwangsstatut den Vergleuten einwirken, was es mit dem „Wohllwollen“ und der „Arbeiterfreundlichkeit“ der „nationalsten“ Partei auf sich hat. Die Werkherren haben es so gewollt.

Sie glaubten am 28. Dezember durch Verhinderung der namentlichen Abstimmung zu ihrem Statut zu kommen. Nun, es wurde diesmal **heimlich, mit Stimmzetteln abgestimmt.** Eingeschlichtert mit den bekannten Mitteln (hat man doch sogar Arbeiterausschüsse gegen die Vesteisen mobil machen wollen!), irreführt durch eine „Beweisführung“, die das Schlimmste verschleierte, hat sich eine Anzahl Vesteisen der von Herrn Brust beeinflussten Gruppe Caffee-Kühnhoff-Block angeschlossen. Diesmal stimmten 88 Vesteisen zugunsten der Werksanträge, am 12. Oktober waren es 25. **Aber die gewaltige Mehrheit der Vesteisen, 235 an der Zahl, blieb standhaft auf dem Reichsboden.** Wir wollen auf die 88 keinen Stein werfen, wenn aber einst Kinder und Rinderkinder sich erzählen von den Kämpfen um die Knappschaffsreform, **dann werden sie die tapferen 235 Vesteisen rühmen als die uneigenmächtigsten Kämpfer für die Arbeiterrechte!**

Es ist nun genug der Demütigungen, haben sich die 235 gesagt. Was auch den Kameraden für ein Statut gegeben wird, die 235 haben es abgelehnt, zu den neuen Entrechtungen und Verschlechterungen Ja und Amen zu sagen. Hätte die Arbeiterschaft stets solche Vertreter gehabt, die immer mehr verschlechterten Knappschaffsstatuten wären und espart geblieben.

Das neue Jahr wird also im Zeichen des Zwangsstatuts stehen. Vor einem Jahre tobte der Reichstagswahlkampf. Auch den Bergleuten versprachen die „nationalen Parteien“ eine Erleichterung ihres Gesetzes. Jetzt haben wir das „nationale“ Zwangsstatut, wohl um den „neuen liberalen Kurs“ zu markieren. Es bringt als höchstes Krankengeld 2,50 Mk., den Fortfall des Rindergeldes für Invaliden und die Verminderung der Pensionen für eine Anzahl Jahresklassen. Wie lange das Zwangsstatut besteht, wieviel Prozesse es entstehen läßt, wer kann es wissen?

Kaltblütig, wie die 235 Vesteisen gehandelt haben, wohlüberlegend und straffe Disziplin haltend, so müssen nun auch die Belegschaften sich verhalten. Die Organisationsleiter sind sich darüber einig, daß alle gesetzlichen Mittel angewandt werden müssen, um von dem

Zwangsstatut zu einem guten Knappschaffsstatut zu kommen.

Einig sind sich darin die Vorstände der vier Organisationen. **Einigkeit und kaltes Blut bewahren, keine vorläufigen Schritte tun, unbedingt die Disziplin der Organisation achten, das fordern wir von allen Kameraden!** Bleibt nun schnell die noch unorganisierten Massen zur gewerkschaftlichen Organisation heran! Jetzt ist die allerhöchste Zeit dafür gekommen. Zeigen wir den Werkherren, daß wir hinter den tapferen Vesteisen stehen.

## Die wirtschaftliche Lage des sächsischen Bergbaues 1906.

I.

Schon oft haben wir darüber gesagt, daß die Bergarbeiter Sachsens in Bezug auf amtliches und statistisches Material als Steifhänder im deutschen Bergbau zu betrachten sind. Wenn andere Länder schon im laufenden Jahre Quartalsweise über das Wichtigste berichten, so bekommt man in Sachsen das Jahrbuch für Berg- und Hüttenwesen, Statistik 1906, erst im Dezember 1907. Trotzdem müssen wir aber das Wichtigste unseren Kameraden bekannt geben, damit sie sehen, von welchem Erfolg ihre Arbeit gekrönt war. Einige Ausführungen, welche das Jahrbuch über die wirtschaftliche Lage im allgemeinen macht, dürften unsere Kameraden sehr interessieren. So wird auch erwähnt, daß das Wirtschaftsjahr 1906 den ausgeprägten Charakter einer Hochkonjunktur trug. Um mit einigen Zahlen den Aufschwung zu beleuchten, den das Jahr 1906 der deutschen Volkswirtschaft gebracht hat, sei erwähnt, daß die deutsche Steinkohlenförderung gegenüber dem Jahre 1905 von 121,8 auf 137,1 Mill. Tonnen, also um 13,08 Prozent, die Kohlenförderung des deutschen Reichsgebietes von 10,99 auf 12,48 Millionen Tonnen, d. i. um 13,56 Prozent gewachsen ist. Die Ertragsmengen aus dem Gebiete des deutschen Eisenbahnnetzes erhöhten sich dem Vorjahre gegenüber um 206 Mill. Mark. Davon entfielen allein 147 Mill. Mark auf den Güterverkehr. Nach der amtlichen Handelsstatistik ist für das deutsche Reichgebiet der Wert der eingeführten Güter von 7129 Mill. Mark im Jahre 1905 auf 7851 Mill. Mark im Jahre 1906, das ist um 10,13 Proz., während der Wert der ausgeführten Güter von 5792 auf 6125 Mill. Mark, das ist um 6,86 Proz., anwuchs. Es wird dann darauf hingewiesen, daß die starke Nachfrage nach Arbeitskräften auf allen Produktionsgebieten einen empfindlichen Arbeitermangel zur Folge hatte, der den Arbeitern die Stellung höherer Lohnforderung ermöglichte, welche zum Teil — besonders in der Metallindustrie — heftige Lohnkämpfe im Gefolge hatten und Produzenten wie Konsumenten demütigten; dazu trat eine sehr erhebliche Preissteigerung fast aller notwendigen Lebensmittel ein, die die günstige Wirkung der steigenden Arbeitslöhne für die Arbeiterschaft wieder wesentlich abschwächte. In diesen Schlussbemerkungen möchten wir anführen, daß durch die Preissteigerung aller Lebensmittel und Wirtschaftsgüter die erhöhten Löhne nicht nur wesentlich abgeschwächt worden sind, sondern vollständig aufgezehrt wurden.

### Arbeiterwesen.

Beim sächsischen Bergbau wurden im Jahre 1906 durchschnittlich 31781 Personen beschäftigt, das ist ein Weniger gegen das Vorjahr von 399 Personen. Der Mitegang der Belegschaft verteilt sich auf den Steinkohlenbergbau mit 212, Braunkohlenbergbau 1 und Erzbergbau 186 Personen.

Der Mitegang beim sächsischen Erzbergbau hat seine Ursachen darin, daß derselbe immer mehr und mehr dem Untergang entgegengeht und beim Versuch, neue Erzlager zu gewinnen (wie es z. B. im Klingenthaler Revier der Fall ist), nicht der gewünschte Erfolg zu verzeichnen ist. Anders aber liegt es im Steinkohlenbergbau. So sind zum Beispiel im Jahre der Hochkonjunktur 1900 im Steinkohlenbergbau 1157 Personen mehr beschäftigt worden, als im Vorjahre. Auch der Braunkohlenbergbau hatte 1900 eine Zunahme von 391 Personen, 1906 aber eine Abnahme von einer Person zu verzeichnen.

Das sind Erscheinungen, welche zum Nachdenken Anlaß geben. Vor allen Dingen ist wohl damit der Beweis erbracht, daß die Arbeiter sich immer mehr anderen Berufen zuwenden und nur in dringenden Fällen ihr Brot als Bergarbeiter genießen wollen. Dieses zeigt sich besonders bei dem stetigen Rückgang der jugendlichen Arbeiter. Insgesamt waren 516 jugendliche Arbeiter beschäftigt, das sind 49 weniger, wie im Vorjahre. Dieser Rückgang fällt ausschließlich auf das Lugau-Deutscher Revier. Es ist eben nicht mehr wie früher, wo der Vater seinen Sohn unter allen Umständen wieder „Bergmann“ werden ließ, sondern auf Grund seiner eigenen Erfahrungen sucht er, wenn irgend möglich, seine Kinder vom Bergbau fernzuhalten. Gründe hierfür anzugeben, ist nicht notwendig, den Werkverwaltungen dürften dieselben nicht unbekannt sein. Wenn es also, wie im Jahrbuch gesagt wird, den Grubenbesitzern schwer wird, einen Stamm von Arbeitern heranzuziehen, so sind die Herren selbst schuld, daß es soweit gekommen ist. Erfreulicherweise ist auch die Beschäftigung der weiblichen Arbeiter stets im Abnehmen begriffen. Im letzten Jahr fünf waren erwachsene weibliche Arbeiter beschäftigt:

1902	1903	1904	1905	1906
479	469	429	400	393

Wenn nun, wie oben schon bemerkt, trotz des bestehenden Arbeitermangels, der sogar zur Verringerung der Belegschaften führte, es den Herren gelungen ist, die Förderung zu erhöhen, so ist wohl jedem klar, unter welchen Umständen dieses möglich gewesen ist. Das Jahrbuch gibt zu, daß dieses teils durch **Einlegen von Ueberständen** — letzteres besonders bei den **Zwickauer Werken** — teils durch Zurückstellung von Ueberstandsarbeiten ermöglicht wurde. Diese amtlichen Feststellungen, wonach die Zwickauer Grubenbesitzer trotz der dort üblichen langen Arbeitszeit die Arbeiter noch zum Verfahren von Ueberständen heranziehen, sind ein trauriges Zeichen der sozialen Gleichgültigkeit dieser Herren.

Die Steinkohlenförderung betrug im Berichtsjahre 4812648 Tonnen, das ist ein Mehr gegen das Vorjahr von 268048 Tonnen.

Die Braunkohlenförderung betrug 2814147 Tonnen, das ist ein Mehr von 146416 Tonnen.

Die Entwicklung im sächsischen Bergbau vor sich geht, gibt folgende Tabelle:

Table with 4 columns: Jahr, Menge in Tonnen, Gesamtwert in Mio., Durchschnittspreis für die gelieferte Tonne in Mark. Rows for Steinkohlen and Braunkohlen from 1897 to 1908.

Nachdem die Förderung des Jahres 1908 sowohl im Steinkohlen- als im Braunkohlenbergbau die größte im letzten Jahrzehnt gewesen ist, hat die Zunahme der Förderung in den einzelnen Revieren...

Soziale Rechtspflege und Arbeiter-Versicherung.

Eine Aenderung der Förderwagen und Fördergefäße im Bergwerksbetriebe, soweit sie zur Ermittlung des Arbeitslohnes dienen, will der § 7 des erneut dem Reichstage vorgelegten Entwurfes einer Maß- und Gewichtsordnung vorschreiben.

Ueber die Krankenversicherung im deutschen Reiche veranlaßt das Kaiserliche Statistische Amt im 'Reichsanzeiger' eine Reihe von Tabellen betreffend die Jahre 1902-1906.

Table with 4 columns: Krankheitsfälle, 1902, 1904, 1906. Rows for Gemeindekrankenstellen, Orts-, Betriebs-, Bau-, Innungs-, Freie Hilfsstellen, and Alle Klassen.

Am nächsten war danach die Krankenversicherung in den Baukrankenstellen. Wenden aber die knappschaftlichen Krankenversicherungen...

Eine Aenderung der Gewerbeordnung bezweckt ein dem Reichstage vorgelegener Gesetzentwurf. Artikel I will abändern den § 113, der die Ausstellung von Zeugnissen vorieht...

brochenen eifständigen Nachtritte für weibliche und jugendliche Arbeiter. Ferner werden einige Bestimmungen zum Schutz der Gemeindeglieder...

Vergesetzgebung und -Verwaltung.

Nach dem Vorgehen der preussischen hat auch die sächsische Regierung einen Gesetzentwurf zur Aenderung des Vergesetzes ausgearbeitet...

Die Frist, nach welcher das Vereinsmitglied bei Besonderebewegung gegen eine laut Arbeitsordnung verhängte Strafe beschreiten kann, darf nicht länger als eine Woche sein. (S. 8, letzter Absatz).

Zuzüglich der Knappschaftsklassen sind die Arbeiterforderungen auch nicht berücksichtigt. Nur zeichnet sich der sächsische Entwurf insofern vor dem preussischen Gesetz vorteilhafter aus...

Aenderung des bayerischen Vergesetzes.

Berantlast durch die in anderen Bundesstaaten (Preußen, Elsaß-Lothringen, Sachsen-Weimar, Albed. usw.) vorgenommenen Einschränkungen der 'Bergaufreibeit'...

Für die Bergwerksverstaatlichung

erheben sich immer mehr Stimmen. Als 1894 auf dem internationalen Bergarbeiterkongress (Berlin) ein Verbandsdelegierter für die Grubenverstaatlichung...

Das 'Berliner Tageblatt' bringt einen milde Artikel gegen das Kohlenmonopol. Es ist im höchsten Maße interessant, daß nun endlich, endlich auch ein jüdisch-freimüthiges Kapitalistenblatt sich bereit findet...

Die praktische Konsequenzen aus dieser Lage hat die sozialdemokratische Fraktion im österreichischen Reichsrat gezogen...

- 1. Den Entwurf einer Novelle zum Vergesetz durch die das Recht zur Aufhebung und Gewinnung von Kohle dem Staate vorbehalten wird. 2. Den Entwurf einer Novelle zum Vergesetz durch die der Staat ermächtigt wird...

haltung der Bergwerksbesitzer und Freischlefer ist den ordentlichen Behörden zu empfehlen. II. Die Regierung wird aufgefordert, die Bergbehörden zu beauftragen...

III. Die Regierung wird aufgefordert, Erhebungen darüber vorzunehmen, ob und wie weit eine Verringerung der Nachfrage nach Kohle durch die Ausnützung der Wasserkraft...

V. Die Regierung wird aufgefordert, die nötigen Vorkehrungen zu treffen, damit die in den staatlichen Kohlenbergwerken gewonnene Kohle unter Ausschaltung des kapitalistischen Zwischenhandels...

Eine neue Einteilung des Oberbergamtsbezirks Bonn trat am 1. Januar in Kraft. Bisher war dieser Bezirk in 23 Bergreviere eingeteilt...

Zur Reform der Berginspektion.

Grubenbefahrungen der Königl. Revierbeamten.

Unter diesem Titel wird uns von einem Grubenbesitzer geschrieben: Zum Schutz von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter sind von der Bergbehörde Schutzvorschriften erlassen...

Unfall, so findet er alles tadellos in Ordnung — die Toten reden ja bekanntlich nicht mehr — und Selbstverleumdungen des oder der Verunglückten wird in der Regel als Ursache des Unfalles angenommen, denn feststellen läßt sich nichts mehr. In welcher Weise die Königl. Revierbeamten hinteres Licht gestiftet werden, ergibt sich aus folgendem Beispiel. Vor einigen Betriebspunkten: deren Temperatur 22 Grad Celsius nach überfließen, arbeiteten die Arbeiter noch in achtstündiger Schicht. Sie wandten sich dann an ihren Steiger und baten ihn, doch die sechsstündige Schicht, wie es den Bestimmungen der Berggesetzes, schon bei einer Temperatur von 28 Grad Celsius entspricht, einzuführen. Der Steiger aber war dazu nicht in der Lage, ebensowenig konnte er infolge der mangelhaften Vorkenntnisse und des schlechten Ventilators solche Wetter beschaffen. Die Arbeiter wandten sich darum beschwerend an die Königl. Bergbehörde und schon Tags darauf erschien der Bergrat völlig unverhofft und unerwartet, um die betreffenden Betriebspunkte zu besuchen. Doch der Betriebsführer hatte sofort Wind, schnell eilte er zum Schacht, um den betreffenden Steiger in Kenntnis zu setzen. Dieser war gerade aus der Grube gekommen und befand sich noch in Grubenkleibern, als er sich plötzlich dem Betriebsführer gegenüber sah, der ihn in folgender Weise ansprach: „Der Bergrat ist da, will sofort Ihre Revier besuchen, Hoffentlich haben Sie frische Wetter genug? — Wenn nicht, haben Sie wenigstens unter Ihren Leuten, daß sich Vertreter darunter befinden, die uns den Bergrat auf den Hals setzen! Der Bergrat ist ebenfalls sehr ungehalten darüber, daß gerade Ihre Arbeiter die gemeine Frechheit besitzen, sich bei ihm zu beschweren!“ Der Steiger, der eine achtstündige Schicht hinter sich hatte, stand ermahnt, mit dem Schweiß völlig durchnässten Kleibern vor dem Betriebsführer und antwortete: „Da Sie die Verhältnisse in der Grube resp. in meinem Revier ebenso gut kennen wie ich, ist Ihnen die enorme Hitze, die dort herrscht, auch bekannt und ich möchte Sie daher fragen, woher ich die frischen Wetter nehmen soll?“ „Das soll mir gleich sein“, gab ihm der Betriebsführer barsch zur Antwort, drehte sich kurz um und verschwand. Der Steiger aber, so erwidert er auch war, fuhr sofort wieder an, setzte sich mit seinem Hilfssteiger in Verbindung und man verständigte sich, daß der eine auf der oberen, der andere auf der unteren Sohle blieb. Zweckorientierung darüber, ob der Bergrat nach der oberen oder unteren Sohle komme, hatte man bestimmte Signale vereinbart. Als dieser dann von der oberen Sohle herunterkam, wurde das schnell in den Dremsberg herunter signalisiert. Sofort spannte der Hilfssteiger im Duerfing eine Weiterführende, sperrte damit den Weiterzug der übrigen Reviere teilweise ab, wodurch der ganze auf diese Weise gewonnene Weiterzug durch das besagte Revier sank. Als der Bergrat dann bei seinen Messungen, die er in Gegenwart der Arbeiter vornahm, eine Temperatur von nicht einmal 27 Grad Celsius feststellte, wurden letztere als Lügner und Krachler bezeichnet, wurden bald ihre Abteyle nehmen, trotzdem der Steiger sie als ehrlichste, überaus thätige Säuer nur angehen ließ. Zudem man den Weiterzug der anderen Reviere absperren, hatte man für die Zeit der Revision genügend frische Wetter in dieses Revier hineingeleitet und dadurch die Temperatur von 22 auf unter 27 Grad Celsius heruntergedrückt. Damit war der Steiger unzufrieden, denn der Weiterzug war tadellos; die Arbeiter aber wurden als Lügner und Krachler gebrandmarkt und gemahnt. So sehen die „Erfolge“ der heutigen Grubeninspektion bei Nacht betrauert aus. Als einer der größten Lebelisten nicht auch betrachtet werden, daß die Königl. Revierbeamten mit Vorliebe als technische Grubenbeamten, Direktoren usw. auf den Privatwerken angestellt werden. Sie sind Angestellte der Privatwerke nicht allein finanziell, sondern auch in anderer Beziehung bedeutend besser gestellt als wie als Staatsangestellte. Neben Ministergehältern erhalten sie als Wohnung prächtige Logierhäuser eingerichtete Villen, können sich in Augustoprofen und Automobil fahren lassen, erhalten in der entgegenkommendsten Weise Jagd- und Sommerurlaub, können Gebirgs- und Wadereisen machen. Zudem ist ihre Tätigkeit und Verantwortung, die sie zu tragen haben, sehr gering; in der Hauptsache haben sie nur Repräsentationspflichten zu erfüllen und für den geringsten Geldsack ihrer Wänner zu sorgen. Braucht man sich da zu wundern, wenn mancher dieser Herren den heißen Wunsch nach einer solchen Stellung hegt? Dieser Wunsch allein macht das System unserer heutigen Grubeninspektion nicht nur völlig wertlos, sondern auch unfaßbar. Die Strafe ist geradezu, wenn man manchmal nicht, wie alle, im Dienst ergrante Fachmänner, technische Direktoren, oder Ingenieure, diesen jungen Affektoren weichen müssen. Sieht man ferner, wie der Staat neuerdings wieder so peinlich nach neuen Steuern lücht und bereit ist, Arbeiter- und Mittelstand noch weiter zu schröpfen, so muß man sich wundern, daß niemand auf die Art und Weise hinweist, in welcher die Unternehmer die Volkskraft ruinieren und das Nationalvermögen, welches in der Erde ruht, plündern. Geht der Staat diesem unerhörten Treiben der Privatgesellschaften nicht bald ganz energisch zu Leibe, dann gehen wir bösen Zeiten entgegen.“

Wachrichten aus der Montanindustrie.

Woher die Kohlenknappheit? Ob eine Kohlennot oder nur eine Kohlenknappheit besteht, darüber gehen die Meinungen auseinander. Wir haben bestritten, daß die Kohlenförderung nicht ausreichend sei und behaupteten unter Anführung gravierender Einzelheiten, die Zeichen verbrauchten in einem rapide steigenden Umfange ihre Förderung selbst in den Kokereien, die aber auch nicht so wie gefeher ungenügend vermehrt worden wären, wenn nicht die Nebenprodukte, z. B. Teer, Benzol, Ammoniak usw. reichen Gewinn brächten. Nicht um die Koksfabrikation ist es den Hohenbesitzern vornehmlich zu tun, sondern sie machen die höchsten Ueberschüsse an den Nebenprodukten. Daß wir die Verschiebung der Abgabeverhältnisse richtig beurteilt haben, bestätigt uns nun die Verhältnisse. Nach ihren Ermittlungen hat sich der Absatz der Ruhrkohlenzeichen in folgender Weise gestaltet:

Table with 3 columns: Year (1902, 1904, 1906), Coal type (Mit der Eisenbahn, Zu Wasser, Auf Landwegen), and Consumption (Zum Selbstverbrauch, zur Kokerei und Bricketierung).

Für den Selbstverbrauch, zur Koks- und Bricketherstellung haben danach die Zeichen im letzten Jahre 12 Prozent mehr zurückbehalten wie 1902. Das heißt, 1906 haben die Zeichen zirka 25 Millionen Tonnen selbst verbraucht, gegen zirka 12 Millionen Tonnen im Jahre 1902. Fast ein volles Drittel der Förderung wurde dadurch dem Marke entzogen, gegen ein gutes Fünftel im Jahre 1902. Die Kokszerzeugung stieg von fast 9 auf über 14 Millionen Tonnen (über 55 Prozent), die Bricketherstellung von 1,6 auf 2,5 Millionen Tonnen (über 56 Prozent). Wenn auch der Koksbedarf zunahm, so hat man während des Vorjahres doch mehr von Koksknappheit, eher von Koksüberschuß auf dem Marke gehört. Es gibt Zeichen, die die Hälfte ihrer Kohlenförderung verkaufen, um der hohen Profite willen, die die Nebenproduktion einbringt. Die Deckung des Kohlenbedarfs kommt dadurch natürlich zu kurz. Von 1902 bis 1906 ist die Kohlenförderung der Ruhrzeichen von 58 auf 76 Millionen Tonnen erhöht worden, also um 18 Millionen Tonnen. Von diesem Mehr sind aber 15 Millionen für Kokerei und Nebenprodukteverwertung verbraucht worden, nur 5 Millionen Tonnen kamen auf den Kohlenmarkt. Darin liegt die Ursache der „Kohlenknappheit“, die den Unternehmern extra erhöhte Preise beschert.

Die Leistung der Braunkohlenarbeiter.

Der Gesamtbraunkohlenbergbau Deutschlands wies 1906 eine Rohkohlenförderung von 56,4 Millionen Tonnen auf; sie war 16 Millionen Tonnen höher wie 1900. Auf die Hauptreviere verteilte sich die Förderung wie folgt:

Table showing coal production in 1900 and 1906 for various provinces: Provinz Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Rheinland, Preussische Provinz, Königreich Sachsen, Bayern, Herzogtum Anhalt, Thüringen (Altenburg, Sachsen-Weimar), Braunschweig-Hannover.

Die höchste Förderung hatten demnach die Provinzen Sachsen (Zell-Weissenfeld), Brandenburg (Niederlausitz), Rheinland (Wittlich-Laufel), das Königreich Sachsen (Leipzig-Weiden), Thüringen (Meuselwitz-Rositz) und Braunschweig-Hannover (Helmstedter Revier).

Sehr verschieden ist die Höhe der Arbeiterleistung. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß je näher der bühnischen Grenze, die Kohle in der Regel stückreicher ist; dort ist die Gewinnung schwieriger (geht mehr unterirdisch vor sich) wie in den nördlicheren Revieren mit weicher Kohle, die sozusagen wie Lehm abgestochen werden kann und in höherem Maße in Tagesbauen (z. B. in der Lausitz) gewonnen wird. Es emfiel an Jahresförderung auf jeden Arbeiter:

Table showing coal production per worker in 1900 and 1906 for various provinces: Provinz Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Rheinland, Preussische Provinz, Königreich Sachsen, Bayern, Herzogtum Anhalt, Thüringen, Braunschweig-Hannover.

Der Rückgang in den thüringischen Revieren pro 1906 wurde durch den langen Streik im Meuselwitz-Rositzer Bezirk verursacht, 1905 war dort die Leistung 700 To., stand demnach erheblich höher wie 1900. Die Statistik über sämtliche deutsche Braunkohlenbezirke Deutschlands ergibt folgendes:

Table with 4 columns: Anzahl der Werke, Belegschaft, Davon untertage, Durchschnittliche Arbeiterleistung.

Bemerkenswert ist, daß nur 40 Proz. der Belegschaft untertage arbeitet, im Steinkohlenbergbau sind es 75 Proz. In der Braunkohlenindustrie sind verhältnismäßig noch viel mehr Arbeiter nicht an der Förderung und Gewinnung sondern in den Nebenbetrieben (Brikettfabriken, Schmelzeisen usw.) beschäftigt, wie im Steinkohlenbergbau.

Der Wert der Arbeiterleistung ist ganz bedeutend anstieg. Rechnen wir nur den Wert der Rohkohle auf die ganze Arbeiterkraft an, dann lieferte jeder Braunkohlenindustriearbeiter 1900 für 1931 Mt., 1906 für 2241 Mt. Rohkohle. Das sind für 119 Mt. mehr in einem Jahre! Der Jahreslohn der Braunkohlenarbeiter im Oberbergamtsbezirk Halle, wo allein 35 000 Arbeiter beschäftigt waren, wurde in derselben Zeit nur 13 Mt. höher! Die Arbeiter erhielten also ihre Leistung viel schlechter bezahlt.

Die deutsche Kohlenindustrie in den Monaten Januar bis November 1907. In deutschen Reich wurden im November dieses Jahres 12 000 120 To. Steinkohlen gegen 11 410 745 To. im November 1906 gefördert. Zu dieser Summe trug Preußen 11 315 478 To. (10 648 688 To.) bei, woran sich der Oberbergamtsbezirk Dortmund mit 6 780 848 To., Breslau mit 2 200 149 To. und Womm mit 1 225 852 To. beteiligte. Die Steinkohlenproduktion in Bayern betrug 128 805 To. (124 900 To.), in Sachsen 457 470 To. (400 380 To.). In den ersten elf Monaten dieses Jahres ist die Förderung von Steinkohlen im deutschen Reich von 125 000 158 To. i. V. auf 131 303 100 To. gestiegen und zwar ergaben sich in Preußen 123 230 795 To. (117 738 080 To.), in Bayern 1 352 285 To. (1 252 442 To.), in Sachsen 4 742 488 To. (4 785 739 To.). Was die Verteilung von Koks anlangt, so ergaben sich im deutschen Reich pro November 1 885 031 To. (1 755 090 To.), die zum bei weitem größten Teil auf Preußen entfallen. Der größte Teil der Koksproduktion nämlich auf 1 880 517 To. (1 749 136 To.). Vom Januar bis November wurden im deutschen Reich 20 025 165 To. (18 475 721 To.) und in Preußen 19 003 927 To. (18 415 842 To.) Koks hergestellt. Die Novemberförderung an Braunkohlen betrug im deutschen Reich 5 740 803 To. gegen 5 231 440 To., und zwar entfallen hiervon auf das Konto Preußen 4 810 834 To. (4 410 600 To.), zu welcher Summe der Oberbergamtsbezirk Halle allein 8 544 717 To. beitrug. Im Königreich Sachsen wurden 217 584 To. (218 127 To.), in Sachsen-Altenburg 280 041 To. gefördert. In den ersten elf Monaten stellte sich die Braunkohlenproduktion im deutschen Reich auf 56 853 203 To. (51 229 874 To.) und in Preußen auf 48 100 440 To. (43 755 700 To.). — Was die Eis- und Ausfuhr betrifft, so hat der Export an Steinkohlen im November eine Erhöhung auf 1 100 522 To. (864 714 To. im November 1906) und vom Januar bis November eine solche auf 12 549 210 To. (8 375 324 To.) erfahren. Hiervon kamen aus Großbritannien 1 035 107 To. (724 342 To.) bzw. 10 005 283 To. (11 841 538 Tonnen). Exportiert wurden 1 658 080 To. (1 659 218 To.) bzw. 18 115 223 To. (17 073 574 To.). An Braunkohlen wurden 740 729 To. (811 484 To.) bzw. 8 103 146 To. (7 703 119 To.) eingeführt.

Deutschlands Hoheisenerzeugung. Nach Ermittlungen des Vereins deutscher Eis- und Stahlindustrieller betrug die Hoheisenerzeugung in Deutschland und Ungarn im November 1907 insgesamt 1 133 225 To. gegen 1 138 676 To. im Oktober des Jahres 1907 und 1 001 572 To. im November 1906. Die Erzeugung verteilte sich auf die einzelnen Sorten wie folgt, wobei in Klammern die Erzeugung für den November 1906 angegeben ist: Gießereihohenisen 180 042 To. (171 008), Bessemer-Hohenisen 86 747 To. (40 655), Thomas-Hohenisen 716 333 To. (696 672 To.), Stahl- und Spiegeleisen 98 741 To. (85 138 To.), Puddel-Hohenisen 70 462 To. (68 099 To.). Die Gesamtproduktion in den ersten elf Monaten 1907 betrug 11 939 385 To., gegen 11 408 429 To. in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

„Sozialdemokratische Affentheorie“ vor Gericht.

Auch die Agitatoren für den Bergarbeiterverband müssen manchmal von Gemerkteintoren hören, der Verband sei sozialdemokratisch und die Sozialdemokraten behaupteten, „der Mensch stamme vom Affen ab“. Zur Zeit als noch August Bruns die glorreiche Herrschaft führte, hat er in seinen Flugblättern die „sozialdemokratische Affentheorie“ öfter verwendet. Bekannt wurde dieses Agitationsmaterial, als vor etlichen Jahren in Kall bei Köln bei der Gewerbegerichts Wahl ein unglücklich gemeines Flugblatt gegen die Untrigen herauskam, worin es auch hieß, die freien Gewerkschaften seien sozialdemokratisch, die Sozialdemokraten sagten der Mensch stamme vom Affen ab, daraus könne ein sozialdemokratischer Gewerkschaftler kein gerecht urteilender Gewerbegerichtsbeisitzer sein, er halte den Aff nicht um. Vor die Verantwortung gestellt, entpuppte sich ein Kaplan Billeßen als der Verfasser des Schmutzblattes! Er nahm den und wehmütig alles zurück. Dieser Fall ging damals durch die ganze Presse. „Gewöhnliche“ Menschen hüten sich, solche Lügenbeuteleien wieder aufzutischen. M.-Gladbacher Schüler sind aber oft „ungewöhnliche“ Menschen und so geschah es, daß in Metz bei der im Herbst 1907 stattgefundenen Gewerbegerichts Wahl wieder ein „christliches“ Flugblatt über die „sozialdemokratische Affentheorie“, gewissenloses Urteilen usw. herauskam, ganz im Stile des Kaplan Billeßen-Kall. Diesmal hatte man sich einen Strohmännchen namens Anton Ruff, von Beruf Gipser, zum Unterzeichner des Schmutzblattes ausgesucht. Ihm gaben dieser Tage die angegriffenen freien Gewerkschaftler und Gewerbegerichtsbeisitzer Gelegenheit, vor Gericht die gemeinen Anwürfe zu rechtfertigen. Anton Ruff stand vor Gericht mit einem so dummen Gesicht, daß ihm schon deswegen mildernde Umstände zugebilligt werden mußten. Offensichtlich

hatte Anton Ruff so wenig das Meyer Flugblatt geschrieen wie der Kaiser Strohmännchen das von dem Kaplan Billeßen verfaßte. Auch nicht einen Schatten von Beweise konnte der Anton Ruff beibringen für die Behauptungen in dem von ihm unterzeichneten Schmutzblatt! Er wurde zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt. Doch gebieten diejenigen auf die Anklagebank, die den geistig armen Anton Ruffs die Moge von der „sozialdemokratischen Affentheorie“ aufbinden und die schmutzigen Flugblätter zusammen-schmelzen. Daß der eigentliche Verleumder nicht in Arbeiterkreisen zu suchen ist, davon sind die Meyer Gewerkschaftsleiter fest überzeugt. Solange es aber geistig arme Anton Ruffs gibt, werden die im Dunkeln bleibenden Verleumder auch die „sozialdemokratische Affentheorie“ nicht sterben lassen. Undernfalls wären sie ja keine „ungewöhnlichen“ Menschen.

Kann ein Christ „sozialdemokratischer Gewerkschaftler“ sein?

Obgleich die freien Gewerkschaften von keinen Eintretenden ein religiöses oder parteipolitisches Bekenntnis verlangen und auch kein Mitglied wegen seiner religiösen oder parteipolitischen Gesinnung ausschließen, nennen die M.-Gladbacher und ihre Helfershelfer die freien Gewerkschaften doch konsequent „sozialdemokratisch“, „antinationale“ und „unchristlich“. Man verdrängt uns vaterlandsloser Gesinnung, als ob die Vaterlandsliebe sich in der Hochhaltung der Junker und kapitalistischen Herrschaft äußern müßte. Die Erbpächter der „nationalen Gesinnung“ haben sich ein besonderes „Christentum“ zurecht gemacht und schimpfen alle diejenigen „unchristlich“, die von jenem Wortchristentum nichts wissen wollen. Es kann jemand ein tiefreligiöser, gläubiger Christ sein, zieht er aber nicht mit den Herren an der M.-Gladbacher Zentrale und den Herren Sticker-Mumm an einem Strick, dann wird er „Unchrist“ genannt.

Gegen diese parteipolitische Entwürdigung des Christentums machen jetzt auch Männer von unzweifelhaft christlicher Gläubigkeit energische Front. Im protestantischen Arbeitervereine Osabrück hat sich schon vor längerer Zeit Herr Farrer Dr. Pfanntuche dahin ausgesprochen, vom Standpunkte des Christentums stehe sich nichts gegen die Zugehörigkeit gläubiger Christen zu den freien Gewerkschaften oder zu der Sozialdemokratie einzuwenden! Deswegen angegriffen, rechtfertigte sich Herr Farrer Pfanntuche in einer späteren Versammlung glänzend und führte dabei aus:

„Als vor etlichen Jahren in dem holländischen Orte Sande zwei ausgesprochene Sozialdemokraten, die aber gute evangelische Männer waren, in den kirchlichen Vorstand gewählt waren und gegen ihre Wohl von einigen politischen Blödschwärzern Protest eingelegt wurde, hat das Meier evangelische Konsistorium diesen Protest abgewiesen und in seiner Entscheidung wörtlich erklärt, „daß die Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei kein Grund sei, jemandem die Fähigkeit zur Beteiligung eines kirchlichen Amtes abzuspochen.“ Demnach ist die gesamte Saarfachpresse natürlich gerade so über diese verständige Entscheidung der Kirchenbehörde hergefallen, wie heute über mich. Aber mögen noch so viele die Nase darüber rimpfen, wenn ich mit einem Sozialdemokraten auf der Straße stehe und ihm die Hand reiche als Mensch dem Menschen, so soll mich das nicht stören. Die Gewerkschaftsbewegung hat städtische und nationale Verehrung und der protestantische Arbeiterverein kann seinen Mitgliedern freie Hand lassen, welcher Gewerkschaft sie angehören wollen.“

So spricht ein Farrer, der als studierter Theologe doch wissen muß, was die christlichen Lehren vorschreiben oder verbieten. Zu Farrer Pfanntuche hat sich der Farrer Cordes aus Hamburg gestellt. Er hielt im evangelischen Arbeiterverein Mors eine Rede über „Arbeiterbewegung und Sozialismus“. Farrer Cordes geißelte die jetzigen sozialen Zustände als durchaus unchristlich und betonte, auch die Sozialdemokratie vertrete die nationalen Interessen. Auf die entscheidende Frage: „Wie stehen wir als Christen zum Sozialismus“ antwortete der Farrer:

Der Sinn der großen sozialistischen Bewegung sei, man solle sich nicht als Gegner im Kampf ums Dasein gerseihen, sondern als Bruder gemeinsam die Errungenschaften der Kultur besitzen. Dahin gelangen könne die Menschheit auf dem Wege der Entwiklung. Auch die sozialistische Neuordnung werde nicht gleich das Paradies auf Erden schaffen, sondern die Neuierung nur als eine höhere Kulturstufe ansehen. Wenn von christlicher Seite eingewandt werde: „Die Menschen sind einmal auf Erden schlecht, es wird hier nicht besser“, so teile er diese Stimmung nicht. Der Mensch müsse einem Ideal nachstreben, es sei nicht nötig, daß Armut und Elend zu allen Zeiten weiter bestehen. Aufwärts müsse die Menschheit streben, damit sich das Volk als ein Volk von Brüdern fühle. Auch Jesus habe nicht gewollt, daß Elend und Not unter den Brüdern weiter wachsen solle, sondern sein Wille war, daß die Menschen wie Brüder sein sollten. Auch in der radikalen Arbeiterbewegung könne man dem Christentum Verwandtes finden. Untrüglich sei es zu hören, wenn man drei Millionen deutsche Arbeiter als eine Bande von Mordbrennern und Vaterlandsverrätern schmähe, obwohl sich bei ihnen ein sehr patriotischer Zealismus, der Glaube an die Zukunft des Volkes zeige. Das sind wahrhaft christliche Worte! In ihnen lebt der urchristliche Geist der ersten Apostel. Mögen aber auch diejenigen die glauben, ein Sozialist müsse christentumfeindlich sein, aus den Worten des Farrers Cordes ihren Irrtum erkennen. Ein Sozialist muß kein Unchrist sein. Wir stehen im Gegenteil auf dem Standpunkt, daß ein Christ, der es mit seiner Christenpflicht ernst meint, gar nichts anderes als Sozialist sein kann!

Reichsverband gegen die Sozialdemokratie und die christlichen Gewerbevereine.

Die gelben Streikbrechervereine werden vom Unternehmer direkt und indirekt vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gegründet. Er gibt auch ein Wochenblatt „Deutsche Treue“ (1) heraus, worin sich folgender Bericht aus dem Saargebiet befindet:

In den Reichstagswahlkreisen Saarbrücken und Ottweiler ringen Nationalliberalismus und Zentrum seit langer Zeit schwer um den Sieg. In beiden Kreisen hat im Jahre 1907 der Vertreter des nationalen Gedankens der Reichstagswahl, ein Nationalliberaler den Sieg davongetragen. Freilich war an beiden Stellen die Mehrheit nur 100 Stimmen stark. Wären also etwa 500 Wähler anderer Meinung geworden, so hätten wir im Reichstagswahlkreise zwei Siege mehr für die Partei, die an der Aufklärung des Hauzes die Schuld getragen hat. In dieser industriellen Gegend sind die Arbeiter natürlich besonders stark, und es besteht kein Zweifel darüber, daß der Bloß und damit die Politik der Reichsregierung den evangelischen Arbeitern im Saargebiet, die beiden Blödsüßigen verdankt, die sonst unfehlbar im Zentrum aufgefalle wären. Im Saargebiet sind die christlichen Gewerkschaften sehr stark; sie bestehen aus Katholiken und Protestanten. Erstere gehören dem Zentrum an, letztere wohl größtenteils der nationalliberalen Partei. In den christlichen Gewerkschaften wird angeblich keine parteipolitisch getrieben — aber das Zentrum weiß sich selbstverständlich auch unter den Mitgliedern der evangelischen Gewerkschaften seine Anhänger fest zu halten. Dagegen bemühen sich die christlichen Gewerkschaftssekretäre im Saargebiet nach Kräften, die evangelischen Arbeiter aus dem bismarckianischen national-liberalen Zentrum zu ziehen, sie von der nationalliberalen Partei abwendig zu machen. In

Wesens Sinne arbeitet. Die Arbeit, die sich auch als Organ des Verbandes evangelischer Arbeitervereine Berlin und Umgebung bezeichnen darf, mittelbar und unmittelbar für den Ultramontanismus. Dabei kommt es auf höchst wertvolle Mittel nicht an. So wird, um eine Unterlage für eine Unterlage zu haben, behauptet, ein schärf-machender Handelskammerinfluss sei im vorigen Jahre von den Nationalisten aus der Partei ausgeschlossen, mit Bezug hinaus-gebehen! — während jedermann weiß, daß dieser Akt gar nicht vollzogen werden konnte, weil der betreffende der nationalliberalen Partei niemals angehört hat. Während die christlichen Gewerkschaften stets behaupten, keine Parteipolitik zu treiben, richtet „Die Arbeit“ immerwährend Angriffe gegen die Nationalisten. Man muß darauf verwiesen werden, daß fast ganz Westfalen, genau wie das Saargebiet, ohne weiteres entvölkert der Sozialdemokratie oder dem Zentrum angehört, wenn dort die nationale Bewegung sich auch nur im geringsten gespalten. Für evangelische Arbeiter liegt aber gewiß kein Grund vor, für diesen Zweck christliche Gewerkschaftsführer anzuheulen.

Den armen „Christlichen“ und „nationalen“ Arbeitern wird die Wahl, welcher Organisation sie sich anschließen sollen, zur schmerzlichen Qual gemacht. Die Zentrumsgewerkschaften behaupten, sie seien die alleinigen Vertreter christlich-nationaler Gesinnung; die evangelischen Sozialisten nehmen das angesehenste Nationalgefühl und Christentum für sich in Anspruch; die katholischen Facharbeiter reklamieren das wahre Christentum für sich; die Reichsbundangehörigen behaupten, der Pfleger der allein wahren vaterländischen Gesinnung; die Pfirsich-Dückerer bliesen nur auf die „nationalen“ Trompete usw. usw. Lange genug, dachte der Reichsbund, haben die christlichen Gewerkschaften unter der Hand Parteigänge für das Zentrum und die evangelische Orthodoxie befohlen, nun müsse eine ganz funktionelle „nationale Platte“ geblüht werden, damit auch die nationalliberalen und freikonfessionellen Parteiführer Zufall bekämen. Für all dieses Gegenüberorganisieren sind immer noch Arbeiter zu haben. Traurig, aber wahr.

Der Organisationsvertrag im Buchdruckerverbe, der bei der Trennung der Buchdruckerzweige zwischen dem Verband der Deutschen Buchdrucker und dem Deutschen Buchdruckerverein (der Unternehmersonorganisation) abgeschlossen wurde, ist nunmehr infolge einer Vereinbarung zwischen beiden Organisationen modifiziert worden. Es handelt sich um den § 4 des Vertrags, der nun folgenden Wortlaut erhält:

- a) Der Deutsche Buchdruckerverein verpflichtet sich, nur solche Belegschaften als Mitglieder aufzunehmen, die der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker angehören. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins sind verpflichtet, nur tariffreie Gehilfen zu beschäftigen.
- b) Der Verband der Deutschen Buchdrucker verpflichtet sich, nur tariffreie Gehilfen als Mitglieder aufzunehmen. Die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sind verpflichtet, nur in tariffreien Buchdruckereien zu arbeiten.
- c) Gehilfen, welche von den tariflichen Schlichtungsinstanzen als gemäßregelt erklärt worden sind, müssen bei Einstellung in erster Linie berücksichtigt werden.

Nach dem ursprünglichen Wortlaut dieses Paragraphen durften die im Reichsbundverein organisierten Unternehmer nur Mitglieder des Buchdruckerverbandes beschäftigen und diese nur bei Mitgliedern des Reichsbundvereins arbeiten. Für den von Unternehmern oder existierenden „Gutenbergs“, den der Reichsbund eine „Streikbrecherorganisation“ nannte und dies vor Gericht bewies, lassen die Reichsbundangehörigen alle Minen springen. Solange der Gutenbergs-Bund sich dem Reichsbund nicht verschrieben hatte, wurde der Buchdruckerverband als eine neutrale Gewerkschaft empfunden. Jetzt soll er eine „Parteiorganisation“ sein, warum? Weil es den Reichsbundangehörigen nun so besser paßt. Die Gutenbergsbänder und ihre Führer werden sich am Buchdruckerverband eher die Köpfe einrennen als ihn verlassen.

**Arbeitslosigkeit in Berlin.** Nach einer Zusammenstellung der Berliner Gewerkschaftskommission hat sich die Zahl der Arbeitslosen in Berlin sehr vermehrt. Diejenigen Gewerkschaften, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen oder den Arbeitslosen die Beiträge erlassen, sind in der Lage, genaue Angaben über die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder zu machen. Solche Gewerkschaften, die eine genaue Feststellung nicht machen können, haben die Zahl der Arbeitslosen schätzungsweise angegeben, ein Teil hat überhaupt keine Angaben gemacht. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen, nach den Angaben der Gewerkschaften, betrug Mitte Dezember 1906 7772 männliche und 104 weibliche. Mitte Dezember 1907 15888 männliche und 325 weibliche Mitglieder. Im Zentralverein für Arbeitsnachweis waren eingetragen Mitte Dezember 1907: 11885 Arbeitslose. Dem Zentralverein ist eine Anzahl von paritätischen Facharbeitsnachweisen angeschlossen. In seinen Zahlen ist also ein Teil der von den Gewerkschaften angegebenen Zahlen enthalten. Rechnen wir den gewerkschaftlichen Angaben diejenigen des Zentralvereins hinzu, die von den Gewerkschaften nicht berücksichtigt sein können, weil für die betreffenden Arbeiter nur der Nachweis des Zentralvereins besteht, so erhöht sich die Zahl von 22322 Arbeitern und Arbeiterinnen, die Mitte Dezember 1907 arbeitslos waren. Diese Zahl ist durch ziemlich sichere Feststellungen gewonnen. Sie ergibt aber noch lange nicht den vollen Umfang der Arbeitslosigkeit, denn die Kontrolle der Gewerkschaften erstreckt sich nur auf ihre Mitglieder. Unberücksichtigt bleiben dabei die Mitglieder anderer Organisationen, sowie die Unorganisierten. Auch von den Verusen, wo die Arbeitsnachweise in den Händen der Unternehmer liegen, fehlt jede Angabe. Viele Arbeitslose nehmen überhaupt keinen Nachweis in Anspruch, sondern suchen sich Arbeit durch Zeitungsinserate, Umfragen usw. Wenn wir alle diese Mängel in den vorliegenden Angaben berücksichtigen, dürfte bei vorsichtiger Schätzung die Zahl von ungefahr 30 000 Arbeitslosen in Berlin zutreffend sein.

**Internationale Mundschau.**

**Übermal's Leistungszunahme bei Schichtverlängerung.**

In den Steinkohlenrevieren Komotau, Brüx und Leipzich sind mit der Einführung der Neunstundenschicht dieselben Erfahrungen gemacht worden, wie im Wiener Märtsch-Ditrau. Der österreichische „Einkauf“ berichtet darüber:

Die ersten Resultate sind überraschend. Die Produktion, die Zahl der verfahrenen Schichten ober- und untertags und die Leistung per Schicht stellt sich wie folgt:

Jahr	Durchschnittl. Arbeiterzahl ober- und untertags	Zahl der verfahrenen Schichten	Leistung auf einen Arbeiter pro befahrene Schicht	Leistung auf einen Arbeiter pro befahrene Meter-Zentner
1901	29 321	287	18,56	5331
1902	28 594	284	19,12	5438
1903	27 592	279	20,04	5632
1904	25 932	277	21,12	5857
1905	25 672	282	21,45	6062
1906	25 690	286	22,71	6507

In den Jahren 1901 und 1902 stand die Zahl der Neunstundenschicht für die Folge fest, nur die Neunstundenschicht. Man hat sich die oben angeführten Zahlen an. Paßt sich die Leistung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter heraus? Die Leistung per ver-fahrene Schicht ist gestiegen gegen das Jahr 1901 im Jahre 1902 um 3,02 Proz.; im Jahre 1903 um 7,97 Proz.; im Jahre 1904 um 13,79 Proz.; im Jahre 1905 um 15,62 Proz.; und im Jahre 1906 um 22,36 Prozent.

Lassen wir die obertags beschäftigten Arbeiter außer Spiel, indem wir bloß die Grubenarbeiter in's Raster ziehen. Kommen wir gleichfalls zu einem interessanten Ergebnis. Die Tatsachen sind so:

Jahr	Durchschnittl. Zahl der verfahrenen Schichten	Leistung eines Grubenarbeiters im Jahre
1901	19 517	8010
1902	18 905	8226
1903	18 721	8302
1904	17 609	8623
1905	17 368	8061
1906	17 490	8567

Wie auch für die untertags beschäftigten Arbeiter allein finden wir, daß die Leistung eines Arbeiters von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Im nachfolgenden werden wir die wirklichen bei der Kohlen-gewinnung beschäftigten Arbeiter, die Hauer und Förderer von den

übrigen Grubenarbeitern herausgreifen, um zu sehen, wie sich deren Leistung während der Neunstundenschicht entwickelt hat. Hier sind die Bismen:

Jahr	Durchschnittl. Zahl der verfahrenen Schichten	Leistung eines Grubenarbeiters im Jahre
1901	14 028	88,54
1902	14 425	89,40
1903	14 488	40,04
1904	15 602	42,22
1905	12 844	44,58
1906	12 928	40,04

Das sind geradezu verblüffende Bismen. Bei einem Hauer oder Förderer ist die Leistung pro Schicht im Jahre 1906 gegen das Jahr 1901, wie man sieht, um 21,45 Prozent gestiegen. Die Jahresleistung betragt 12 928 Meterzentner. So viel Kohle gräbt der Hauer und hat dabei vielleicht keine Kohle für seinen häuslichen Bedarf. Im übrigen kann man die Bismen brechen und wenden wie immer, es wird niemandem gelingen, herauszurechnen, daß die Neunstundenschicht eine verminderte Produktion brachte. Damit widerlegen sich sämtliche Argumente der Unternehmer gegen die eingetretene Verlängerung der Arbeitszeit von selbst.

Aber auch hier haben die Arbeiter nicht den verdienten Lohn bekommen. Die höhere Leistung wurde schließlich nicht bezahlt. (Die Summen bedeuten Kronen; 1 Krone = 85 Pfg.);

Jahr	Gesamter Produktionswert in Kronen	Gesamte ausbezahlte Lohnsumme in Kronen	ES entfällt auf den Arbeiter ein Produktionswert in Kronen	ein Lohn per Schicht in Kronen	ein Lohn im Jahre in Kronen
1901	81 200 480	82 042 884	2772	3,88	1118
1902	80 207 851	20 280 888	2420	3,69	1022
1903	81 088 880	27 218 200	2245	3,58	986
1904	58 428 800	25 145 832	2258	3,40	970
1905	60 840 001	26 482 620	2878	3,50	992
1906	68 642 520	26 923 012	2476	3,66	1048

Bis zum Jahre 1904 stukt sowohl der Schicht- als auch der Jahres-lohn. Im Jahre 1905 steigt der Schichtlohn um einen ganzen Heller und der Jahreslohn um 22 Kronen, wofür der Arbeiter gegen das Vor-jahr doch Schichten mehr verfahren hat. Im Jahre 1906 steigt der Schichtlohn gegen das Jahr 1905 um 18 Heller und der Jahreslohn um 50 Kronen, das ist eine Steigung um 4,6 Proz., beginn um 5,6 Proz. Scheinbar! In Wirklichkeit geht der Lohn eine rückläufige Tendenz.

**Die belgischen Gewerkschaften im Jahre 1906.** Nach einer vom Sekretär der belgischen Gewerkschaftskommission vorgenom-men-en Enquete beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter Belgiens für das Jahr 1906 127 116. Die Gewerkschaften, die die Fragebogen beantworteten, zählten 58 000 Mitglieder, darunter 5400 Frauen. Außer den aufgezählten Organisationen gibt es noch 81 000 in allerhand sogenannten „christlichen“ Gewerkschaften organisierte Arbeiter, die indes mit ihrem meist geringen Beiträgen als ernste Kampforganisationen nicht in Betracht kommen. Allerdings weisen auch die Beiträge der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Gewerkschaften die verschiedensten Abstufungen auf. Die höchsten verzeichnen die Drüpfiler Lithographen mit 72 Frks. jährlich, die niedrigsten die Steinarbeiter mit 4 Frks. 80 Centimes.

**Die englischen Gewerkschaften im Jahre 1906.** Am Jahres-schluß waren in 1161 Gewerkschaften (Trade Unions) 2 108 288 Mit-glieder vorhanden, gegen 1 887 828 in 1138 am Schluß 1905. Die englischen Gewerkschaften haben 1906 ihre bis dato höchste Mitgliederzahl erreicht. Von den englischen Gewerkschaften hatten 1906 die stärksten Zunahmen zu verzeichnen die Bergarbeiter mit 78 000, die Textilarbeiter mit 38 000, die Metallarbeiter mit 22 000, die Transportarbeiter mit 19 000, die Bauarbeiter mit 9 000 Mitgliedern. Eine Spezialstatistik macht das Arbeitsamt auf von den 100 „Prinzipal Unions“, den best-fundiertesten. Diese 100 berichten über

Mitglieder-zahlen	Einnahme Pfd. Sterling	Ausgabe Pfd. Sterling	Vermögen Pfd. Sterling
1897: 1 088 008	1 070 982	1 891 027	2 281 007
1900: 1 191 315	1 947 957	1 456 716	3 781 428
1905: 1 189 707	2 211 788	2 004 535	4 813 056
1906: 1 278 095	2 844 157	1 958 678	5 198 580

(Ein Pfund Sterling sind gleich rund 20 Mark deutsches Geld.) Auf den Kopf des Mitgliedes berechnet betrug die Einnahme 80,75 Mt., die Ausgabe 80,72 Mt., das Vermögen 81,58 Mt. Die Beitragsleistung in den deutschen Gewerkschaften ist bedeutend niedriger! 1906 hatten von den 66 freien Zentralverbänden 53 einen Jahresbeitrag von weniger als 30 Mt., 28 davon hatten sogar weniger als 20 Mt. Jahresbeitrag pro Mitglied. Trotzdem werden in Deutschland die Gewerkschaften ver-schont, sie „belästigen die Arbeiter ungeschwerlich“. Von den Hauptausgaben der 100 Trade Unions werden angeführt (alles in Pfund Sterling):

Arbeitslosenunterstützung	1897	1900	1905	1906
Arbeitslosenunterstützung	331 108	261 560	519 541	421 292
Streikunterstützung	647 080	153 354	214 109	154 847
Krankens-, Unfall-, Wanderunterstützung usw.	595 363	679 556	902 496	922 993

Der gute Geschäftsgang im Jahre 1906 kommt in der geringeren Summe der Arbeitslosenunterstützung zum Ausdruck. Beispielsweise haben die Bauarbeiter rund 2 600 000 die Bergarbeiter 712 000, die Metall-arbeiter 3143 000, die Textilarbeiter 481 000 Mark Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Die Summen sind bedeutend, aber erheblich geringer als 1905. Viel geringer ist die Leistung der englischen Gewerkschaften an streikende Mitglieder. Die Streikunterstützung belief sich aber 1906 immerhin allein bei den 100 speziell angeführten Trade Unions auf fast 3 100 000 Mark. Die freien deutschen Gewerkschaften mußten 18 748 412 Mark für Streikende und Ausgesperrte zahlen. In England haben früher die Gewerkschaften auch gewaltig größere Streikkosten zu beden gehabt, erst durch beispiellose Kämpfe und heroischen Opfermut haben sich die englischen Arbeiter die volle Anerkennung ihrer Organisationen durch die Unternehmer erkämpft. Die heute funktionierenden Einigungs-ämter verhindern die meisten Streiks, aber daß ist keine Frucht von Bitten und Flehen, oder von „nationaler“ Anbiederung, sondern auf beiden Seiten sind erst schwere Wunden geschlagen worden, bevor es zum „bewaffneten Frieden“ kam. Aus der Geschichte Englands sollten die deutschen Unions lernen, daß sich die Arbeiterbewegung nicht unterkriegen läßt und daß es besser für beide Teile ist, wenn die Organisationen der Arbeiter gleichberechtigt mitwirken an der Verwaltung des Arbeitsvertrages. Sehr bedeutend ist die Ausgabe der englischen Gewerkschaften für Kranke, unfallsverletzte und invalide Mitglieder. Nachdem infolge ihrer organisatorischen Stärke die Arbeiter sich Anerkennung seitens der Unternehmer erobert hatten und dadurch die kostspieligen Streiks geringer wurden, konnten die Einnahmen der Organisationen mehr zu humanitären Unterstützungszwecken verwendet werden. Hinzu kommt noch die sehr mangelhafte gesetzliche Arbeiter-fürsorge, worin sich erst in den letzten Jahren manches gebessert hat. Naturgemäß auch dem englischer Volkscharakter entsprechend, schritten die Arbeiter zur Selbsthilfe, gründeten spezielle freie Hilfskassen (Friendly Societies) und führten die gewerkschaftliche Unterstützung der Kranken, unfallsverletzten und invaliden Mitglieder ein. Für diese und ähnliche Zwecke geben die 100 bedeutendsten Gewerkschaften 1906 allein fast 18 1/2 Millionen Mark aus! 1897 entfielen auf diese Ausgaben 31,5 Proz., 1906 schon 47,1 Proz. der Gesamtausgabe.

**Zus der russischen Gewerkschaftsbewegung.** Die eigenartigen Produktionsbedingungen in dem Petroleumgrubengebiet bei Baku haben der dortigen Arbeiterbewegung ein ganz besonderes Gepräge verliehen. Obwohl ein bedeutender Teil der Arbeiter aus halbpöroletarischen, unskultivierten Elementen besteht, verleihen die günstigen Arbeitsbedingungen des in Baku produzierten Rohstoffes der Arbeiterbewegung einen ganz besonderen Schwung. Hierzu kommt noch, daß sich die Hauptindustrien in Baku von den Unternehmern im Innern des Reiches sehr zu ihren Gunsten unterscheiden. Die ungeheuren Dividenden und die sichere Stellung, die sie auf dem Weltmarkt einnehmen, veranlassen sie, jene heimliche Anwesenheit aufzugeben, die für russische Großindustrielle Arbeitern gegenüber so charakteristisch ist. Andererseits sehen sich die Industriellen in Baku gezwungen, den Arbeitern Konzessionen zu machen und ihre Organisationen anzuerkennen und zu fördern, weil ihnen eine unorganisierte Masse keine Garantie bieten kann, den Betrieb ohne Unterbrechung auf-zubehalten. So gelang es denn auch den Arbeitern schon im Dezember

1904, einen Kollektivvertrag — den ersten in Rußland — mit den Unter-nehmern abzuschließen und gegenwärtig stehen sie wider vor der Ab-schließung eines neuen Vertrages. In letzter Zeit wurde hier immer häufiger ein neues Kampfmittel in Anwendung gebracht — der „italienische Streik“. Zum ersten Male wurde er im letzten Sommer von den Arbeitern bei Kischinil angewendet. Ihnen folgten bald die Arbeiter anderer großer Werke. Auf den ersten Blick verpricht dieses neue Kampfmittel nichts als Vorteile: der Arbeitslohn bleibt derselbe, während der Unter-nehmer gezwungen ist, starke Verluste zu tragen. Diese Vorteile sind aber rein negativer Natur. Die „Dampfschiffe“ („Gudok“), das Organ der Naphtarbeiter in Baku, charakterisiert die negativen Ergebnisse dieser Kampfmethoden wie folgt: „Sie lenkt die Arbeiter vom gemeinsamen Kampf für gemeinsame Interessen ab. Sie desorganisiert sie, insbesondere den weniger entwickelten Teil derselben, indem sie sie nicht an geschlossene, vorbereitete, offene Aktionen der ganzen Masse gewöhnt, sondern an verstreute, heimliche Angriffe; von dieser Kampfmethode ist bloß ein Schritt zu noch weniger erwünschten, die die organisierten Aktionen und die Geschlossenheit des Proletariats vollends untergraben — zu allehand anarchistischen Kampfmitteln“.

**Knappschäftliches.**

**Die Annahme des Weylarer Knappschäftstatuts.**

Der Vorstand des Weylarer Knappschäftvereins teilt durch Zirkular des Vereinsleiters mit, daß am 20. November eine Generalversammlung stattgefunden habe, in der eine vom Vorstand vorgeschlagene Satzung zum Statut erhoben worden sei. Wog tausend noch mal, also doch! Der 20. November war nämlich schon da. Da wurde der Weylarer Bergarbeiterverband von Knappschäftmitgliedern der Weylarer Klasse angegangen, doch die Knappschäftverwaltung daran zu erinnern, daß am 1. Januar 1908 auch im Weylarer Knappschäftverein ein neues Statut hergestellt sein müsse und die Knappschäftmitglieder gegen den Satzungsentwurf kommen lernen möchten. Nur das Flugblatt hat die Forderungen aufgeführt und jetzt erfahren wir, daß schon am 20. November in einer Generalversammlung eine Beschlußfassung über das neue Statut stattgefunden hat — ohne daß die große Mehr-zahl der Knappschäftmitglieder — vielleicht keine Kenntnis von dem Inhalte des neuen Knappschäftstatuts gehabt hätte. Es trifft völlig zu, was wir im Flugblatt lesen, der Knappschäftsvorstand ersparte den Mitgliedern bisher jede Aufregung einer Knappschäftreformbewegung, wie wir sie in Revieren erleben, wo die organisierten Arbeiter hinter solchen und ähnlichen Fragen Dampf dahinter machen. Es mag derselbe Grund gewesen sein, warum der Knappschäftsvorstand nach allem Mühen handelte. Der Vorstand weiß uns mitzuteilen, daß sich eine Opposition bei den Arbeitervertretern nur gegen die bedeutende Beitragserhöhung bemerkbar gemacht habe, aber schließlich sei der Satzungsentwurf doch zur einstimmigen Annahme gelangt. Einmütigkeit — das will recht viel heißen in einer Klasse, wo die Werksbesitzer und die beamteten Arbeitervertreter allein maßgebend sind. Die Erhöhung der Beiträge ist ganz enorm, sodas sie selbst Werksfreunde frustig machen mußte.

Die Beitragserhöhung ist für die erste Mitgliederklasse mit 75 Pfg. und für die zweite Mitgliederklasse mit 50 Pfg. festgelegt. Washer, so wird im Zirkular gesagt, wurden die Beiträge durch das Umlagever-fahren gedeckt, d. h. es wurden die Beiträge nur so hoch bemessen, daß sie zur Deckung der jeweiligen Jahresausgaben ausreichten. Die Folge war, daß der Verein nicht aus dem Valles herauskam. Der Verein, der rund 1800 Mitglieder zählt, hat seit 50 Jahre seines Bestehens nur ein Vermögen von 210 000 Mt. ausmehren können; in den letzten zehn Jahren ist das Vermögen um nur 8000 Mt. und in den letzten 25 Jahren nur um rund 60 000 Mt. gestiegen. Aber warum teilt uns der Vorstand nicht einmal mit, wer die Schuld an einer solchen Dalles-wirtschaft trägt? Wir sagen, zum sehr großen Teil die Werksbesitzer, die sich bisher möglichst um eine verhältnismäßige Beitragszahlung gedrückt haben. Sie führten im Weylarer Knappschäftvereins zwar immer das größte Wort, machten sich die weitgehendsten Rechte an, aber, wenn es zum „Verappen“ gieng, dann suchten die Herr-schaften den Geldbeutel zuzugreifen.

Von 1857—1880 zahlten die Werke gerade so viel Beiträge wie die Arbeiter, dann ermäßigten sich die Werksbesitzer ihre Beiträge auf die Hälfte. Von 1878 ab zahlten sie 60 Prozent der Arbeiterbeiträge, von 1880 ab 70 Proz., 1884 80 Proz. und von 1887 ab wieder 70 Proz., 1894/95 75 Proz. und erst von 1896 ab 100 Proz. der Arbeiterbeiträge. Ein solches Durcheinander werden wir bezüglich der Werksbeiträge kaum in einer anderen Klasse finden, aber wir haben damit auch eine Quelle gefunden, warum es sogar Jahre gab, wo der Verein mit Defizit ab-schloß. Kann es anders sein, wenn seit 50 Jahren im Knappschäftsvorstand von einer wirklichen Arbeitervertretung gar keine Rede war; wo Direktoren, Bergverwalter, Schichtmeister und andere Beamte allein das Szepter schwingen? Die Arbeiter rührten sich nicht, um ihrerseits den übrigen Einfluß zu gewinnen.

Doch sehen wir zu, was das jetzige Statut bringt? Festgestellt haben wir die starke Beitragserhöhung. Sie ist eingeführt worden — so meint der Vorstand des Vereins — um die dauernde Erfüllung der Pensionsaufgaben zu ermöglichen. Die jetzigen Einnahmen konnten den Aufgaben der Klasse an Invaliden, Witwen und Waisenunterstützung nicht genügen. Durch die erhöhten Beiträge erhoffte man einen jährlichen Uberschuß von rund 20 000 Mark, der, zinstragend angelegt, in den kommenden 50 Jahren zu dem vorhandenen noch ein Kapital von etwa 2 700 000 Mark schaffen wird. Damit hoffe man weiter alle Verpflichtungen dauernd erfüllen zu können. Dann zählt das Zirkular die Vorteile auf, im ganzen sind es — sehen wir von der größeren Leistungsfähigkeit ab — vier, und diese finden ihren Grund im Knappschäftsgesetz selbst, sind also nicht einmal dem guten Willen der Weylarer Grubenherren entsprungen.

Nun folgt das Zirkular des Knappschäftsvorstandes auch einige Nachteile an, die aber nur einen Teil der Vereinsmitglieder treffen werden. Es ist die fünfjährige Wartezeit für die Gewährung der Invaliditäts-, Witwen- und Waisenunterstützung in gewöhnlichen Invaliditäts- und Sterbefällen vorgelesen. Ferner kann als Nachteil angesehen werden der Umstand, daß infolge des Überganges von der fünfjährigen zur alljährlichen Abkufung der Pensionshöhe für die Invaliden und Witwen eines Teiles der Unterstützungsberechtigten eine niedrigere Pension bezogen werden, als sie nach den alten fünfjährigen Staffeltagen zu beziehen gehabt hätten.

Ob nun die einzelnen Knappschäftsinvaliden viel oder wenig von den Rentenlücken betroffen werden, kommt für uns zunächst weniger in Frage, es genügt die einfache Tatsache, daß es überhaupt eine ganze Anzahl von Invaliden und Witwen geben wird vom 1. Januar ab, denen die Renten trotz der horrenden Beitragserhöhung gestrichelt werden. Das ist das Bezeichnende über die Arbeit, die die Herren am 20. November fertig brachten. Eine vor uns liegende Tabelle weist uns Rentenlücken bei Halb- und Ganzinvaliden mit bis zu 44 bis 45 Dienstjahren nach; zu einer Zeit, wo die monatliche Rente 27 bis 28 Mt. beträgt. Wenn hier die Rentenlücke auch nicht ganz 2 Mt. beträgt, so gibt es Invaliden mit geringeren Dienstjahren, ganz abgesehen von: ärgeren Schädigungen bei nur wenigen Dienstjahren — die bis zu 18 Mt. jährlich weniger erhalten werden, was bei den so schon niedrigen Pensionshöhen sicher viel ausmacht. In ähnlicher Weise werden auch die Witwen in Mit-leidenchaft gezogen.

Die am 31. Dezember 1907 vorhandenen unterstützungsberechtigten Invaliden, Witwen und Waisen beziehen die bisherigen Pensionsstufenleistungen unverändert weiter. Es findet also rückwirkende Kraft nicht statt. Auffallend ist die hohe Einschreibgebühr für neuereitretende Mitglieder, wie für solche, die von der zweiten in die erste Mitglieder-kategorie aufsteigen. Die Einschreibgebühr beträgt für die Mitglieder erster Klasse 6 Mt., für die Mitglieder zweiter Klasse 4 Mt. Wird ein Mitglied aus der zweiten Klasse in die erste versetzt, so hat es dafür 2 Mt. zu zahlen. Somit die wichtigsten Bestimmungen des neuen Statuts, die die Krankenunterstützung nicht in sich schließt. Auf weitere Einzelheiten kommen wir bei Gelegenheit noch zurück. Für heute wollen wir erklären, daß den Mitgliedern sicher ein besseres Statut vorgelegt worden wäre, wenn die Knappschäftmitglieder bisher und auch jetzt ihre Interessen mehr wahrgenommen hätten. Die Knappschäftmitglieder im Weylarer Verein haben auch hier die besten den Zug verpaßt. Wägen sie aber ferner-hin auf dem Posten sein. Und als erste Aufgabe der Arbeiter gilt, daß bei Knappschäftstatuten nur wirkliche und rühmterle Arbeitervertreter als Vertreter in den Vorstand der Klasse hiniergewählt werden. Dann wird später schon mehr Rücksicht auf die Arbeiter genommen werden müssen.

**Die Generalversammlung des Knappschäftvereins Rhein-Preußen,** des zweitgrößten im Bonner Oberbergamtbezirk, nahm die neue Satzung, die sich eng an den letzten Entwurf des Bodumer Knappschäftvereins anlehnt, einstimmig an.

# Wißstände auf den Gruben.

## Ruhrrevier.

**Beche Adolf von Hansmann.** In der Markende hat man hier jetzt noch, unseres Erachtens nach sehr überflüssiger Weise, ein Gitter angebracht, das immer nur ein Mann nach dem andern sich hindurchquetschen kann. Dergleichen Kameraden, die mit Fahrern zur Beche kommen, laufen Gefahr, sich beim Durchgehen die Kleider an diesem Gitter zu zerreißen. Beim Aufwachen der Fahrer hat die Beche einen besonderen Raum geschaffen, doch hat das aufstehende wenig Zweck, sollen doch sogar die Jungens vom Bureau dieselben benutzen, wenn die Arbeiter, denen sie gehören, in der Grube sind. Hier müßte die Beche unbedingt sorgen, daß Wandel geschaffen wird, denn ein Fahrrad ist doch kein Spielzeug, und wenn etwas daran zerfällt, müssen die betreffenden Kameraden für den Schaden aufkommen, oder will die Beche ihnen in diesem Falle den Schaden ersetzen? Viele Klagen werden auch geführt über die Unregelmäßigkeit beim Abschlaganschieben. Mancher Kamerad kommt manchmal stundenlang zur Beche, in dem Glauben, seinen Abschlag zu erhalten. Nachdem er dann eine kleine Gwigelt gewartet, erhält er, wenn er endlich an den Schalter kommt, die „tröstliche“ Mitteilung, daß er keinen Abschlag erhalten könne, weil nichts angeschrieben sei. Jetzt holt sich derselbe einen Schein vom Steiger, wartet wieder eine halbe Gwigelt, bis die Reihe an ihn kommt, erhält dann aber immer noch keinen Abschlag, sondern eine Belchrung darüber, daß dieser Schein nicht genüge, sondern daß der Abschlag vorher angeschrieben werden müsse. So hat denn der Kumpel einen halben Tag auf seinen Abschlag gewartet und kommt doch mit leeren Händen heim. Das sind doch wirklich geradezu ruffische Zustände, so etwas dürfte in einem geordneten Betriebe gar nicht vorkommen. Die Befragung der Arbeiter und besonders die Umgangssprache seitens der Beamten, soll auch alles andere, nur nicht human sein. Soll doch sogar ein älterer Sauer in der Grube von einem Steiger geschlagen worden sein. Das Passieren der Seilbahn während des Betriebes soll ebenfalls sehr gefährlich sein. Das Fahren bei der Seilbahn nimmt nachgerade auch überhand und die Ordnung selber sehr darunter. Im südlichen Querschlag sind häufig die Möhre kaputt und bildet sich dann ein großer Morast, so daß die Arbeiter bis an die Knie durch Schmutz und Schlamm waten müssen. In der Waschkane ist dagegen manchmal kein Wasser zu haben, so daß sich die Arbeiter trocken waschen müssen. Bei etwas gutem Willen lassen sich die gerügten Uebelstände sehr gut beseitigen.

**Beche Alma.** Ganz unhaltbare Zustände herrschen hier in der Waschkane. Wie wir schon in einer früheren Nummer hervorgehoben, hat sich die Velegschafft ganz katastrophal verhalten, aber Vorkerkungen zur Verbesserung der Waschkane, den Verhältnissen entsprechend, hat man nicht getroffen. So kommt es, daß die Arbeiter während des Schichtwechsels zusammengepackt sind wie die Herlinge. Früher schon, bevor die Velegschafft vergrößert war, hingen die Kleider viel zu eng zusammen, trotzdem hat man noch überall Staken zum Aufhängen der Kleider bewahren angebracht, so daß die Waschkane an drei und Unordnung einem Schweinestall ähnlich sieht. Wenn man die Velegschafft vergrößert, soll man in der Waschkane auch den dazu nötigen Raum schaffen, damit man während des Schichtwechsels nicht mit Angst und Schrecken die Waschkane zu betreten braucht. Wie erlösch die Bergbehörde, sich die heillosen Zustände einmal während des Schichtwechsels anzusehen. Ein besserer Ausblick des Betribs wegen Wagenmangel wäre auch zu wünschen, damit nicht ein Teil der Velegschafft Uberschichten verfährt und der andere Teil leer bleibt.

**Beche Konstantin, Schacht I.** Lebhaftige Klage wird hier geführt über das Verhalten des Steigers St. im Revier 5 den Arbeitern gegenüber. Bei der geringsten Kleinigkeit fährt er die Arbeiter mitleid an: „Sie können klügeln oder werden geküldigt, wenn Ihnen das nicht paßt, lassen Sie gehen!“ u. dergl. Vom Ulfsteiger waren vor kurzem einige Arbeiter zum Verfahren einer Uberschicht bestellt worden. Sie weigerten sich dessen und führten ihre regelmäßige Schicht an. Da hatten sie aber die Befehlung ohne den Steiger St. gemacht, denn dieser kam wie ein angeschossener Eber zu ihnen in die Arbeit gerannt und jagte sie aus der Grube. Wenn dieser Steiger seine Praxis so weiter betreibt, kann ja die Velegschafft sehr weiter werden. Ob er glaubt, auf diese Art und Weise die Harmonie zwischen Beamten und Arbeitern zu fördern?

**Beche Gwald, Schacht V.** Die Waschkane ist hier viel zu klein und befindet sich oben in einem sehr schlechten Zustande. Die Beamtenstraße, wo nur drei Beamte sitzen, ist größer wie die Waschkane, wo sich 44 Schachthauer waschen und umziehen müssen. Will sich der Betriebsführer B. einmal das schmutzige Wasser im Wassertank ansehen, worin sich die Arbeiter waschen müssen? Die Kleinlichkeit läßt überhaupt viel zu wünschen übrig; zudem laufen auch die Brausen sehr schlecht. Entweder fehlt es an Wasser, an Dampf oder an beidem. Es wäre auch an der Zeit, daß die alten Anzüge, die vor Jahren einmal wasserfest waren, erneuert würden. Die Schachthauer klagen auch viel darüber, daß ihr Zeug, besonders ihre Stiefel niemals richtig trocken werden und daß sie die Sachen fast so nach wieder anziehen müssen, wie sie dieselben ausgezogen haben. Auch für besseres Trinkwasser könnte gesorgt werden. Rettungsgläser im Schacht sind ebenfalls Dinge, die man hier kaum dem Namen nach kennt. Dem Fahrhauer W. wäre etwas mehr Vorsicht bei der Arbeit zu empfehlen; es ist doch wirklich furchtbar, oben im Schacht arbeiten zu lassen, wenn auch unterhalb Leute tätig sind!

**Beche Eiberg.** Genannte Beche besitzt einen sog. Arbeiterauschuss, der zu allem zu gebrauchen ist, nur nicht um Wißstände zur Sprache zu bringen. Die Abortanlage über Tag ist unter alter Kanone, sie sieht eher einem Schweinestall als einer Bedürfnisanstalt ähnlich. In der Waschkane herrscht fast ständig eine ägyptische Finsternis. Wohl sind einige Lampen angebracht, aber sie dürfen jedenfalls aus Sparlampenartlicht nicht brennen. Diefelbe Dunkelheit herrscht am Schacht. Es wäre notwendig, daß an beiden Stellen — mehr Licht geschaffen würde. In der Waschkane unter den Brausen ist es derart glatt, daß man sich wundert muß, daß noch niemand den Fuß gebrochen hat. In ähnlichem Zustande befinden sich die Treppen, welche zu den Brausen führen. Will man auch hier den Brunnen erst zudecken, nachdem das Kind ertrunken ist, d. h. wenn jemand seine gesunden Gliedmaßen gebrochen hat?

**Beche Feilzitas.** Ueber die Waschkane werden hier von den Kameraden ständig Klagen geführt. Diefelbe ist viel zu klein, zudem sind zu wenig Brausen vorhanden, von denen die Hälfte gar nicht oder nur tropfenweise läuft, so daß es den Anschein gewinnt, als koste jeder Tropfen Wasser der Beche 3 Mark. Oft kann man eine Viertelstunde unter einer solchen Brause stehen, bevor man genügend nach zum Waschen ist. Der Fahrhauer befindet sich ebenfalls in einem sehr unordentlichen Zustande. Auf jeder Bühne liegt ein Haufen Dreck, so daß Gefahr besteht, daß den unten kommenden Kameraden etwas auf den Kopf geworfen wird. Mühen die Steiger ebenfalls wie die Velegschafft hinein und heraus klettern, dann würde der Fahrhauer bald in Ordnung gebracht, aber für den Bruder Bergmann scheint alles gut genug zu sein. In der Grube fehlt es vielfach an dem nötigen Geväße, besonders an Wobrmächigen. Ebenfalls fehlt es an Luft, um die Maschinen und den Dampf in Betrieb zu setzen, denn oft dauert es eine Stunde bis ein Wagen den Berg hinauf gezogen ist. Bei der Abnahme am Monatsabschluss aber heißt es: Ihr solltet mehr geleistet haben, dann hätte ihr auch mehr verdient. Es wäre notwendig, daß die Verwaltung entweder für eine ordentliche Förderung sorgte oder den Arbeitern einen angemessenen Lohn sicherte. Große Unzufriedenheit herrscht auch darüber, daß sie früher, aber gewöhnlich bis zu acht Tagen später angelohnt wird, wie es laut Aufschlag bekannt gegeben ist. Ein unhaltbarer Zustand ist auch, daß die ganze Velegschafft mittags während des Schichtwechsels ausgelohnt wird, wodurch immer ein sehr großes Gedränge entsteht und die Leute lange warten müssen. Es wäre doch sehr leicht möglich, auch vormittags ein paar Stunden zum Auslösen anzusetzen.

**Beche Frühliche Morgenstunde.** Sehr lebhaftige Klagen werden hier über die Schachtzüge geführt. Zwar hat man jetzt neue angebracht, aber die sind auch nicht besser wie die alten. Für die Steiger hat man extra Gummianzüge angebracht, obgleich sie sich sehr weit vom Schuß halten und mit der Möhre nicht in Berührung kommen. Kaum sind die Arbeiter aber eine Viertelstunde unten an der Arbeit, so sind sie schon völlig durchnäßt und müssen trotzdem sechs Stunden aushalten. Der Steiger W. aber, dem wir überhaupt bessere Umgangformen empfehlen möchten, macht sich ein Vergnügen daraus, die Kameraden noch obenbrein zu verurteilen. Eine bessere Beachtung der Sicherheitsmaßnahmen möchten wir dem Herrn ebenfalls empfehlen; ist doch durch seine Schuld, indem er ein Signal zu früh gab, ohne das Geväße dazu abzumarten, ein Arbeiter beinahe in den Schacht gestürzt. Zu wünschen wäre auch, daß für die Schlepper und Pumpenwärter ebenfalls die sechsstündige Schicht eingeführt würde, denn sie müssen ebenso gut in dem heißen Zeug aushalten und arbeiten, wie die Schachthauer. Es ist darum Unrecht, wenn man den Schachthauern eine sechsstündige Schicht gibt, den Schleppern und Pumpenwärtern aber eine achtstündige Schicht gibt. Notwendig wäre auch, daß Vorkerkungen getroffen werden, damit beim Wasserfördern das Wasser nicht

aus den Röhren läuft, denn für die Arbeiter ist das keineswegs angenehm. Auch für besseren Weiterzug Winte gefordert werden, denn es ist nicht unbedingt notwendig, daß sich die Arbeiter mit der Luft aus dem Pferdefall begnügen müssen. Besonders lebhaftige Klagen werden über die Auslösmethode geführt. Mit der Auszahlung wird am Abschlagstage erst um 12 Uhr mittags begonnen. Am Sonntag soll die Auslöshung schon um 8 Uhr morgens beginnen, doch dauert es immer bis 9 Uhr, ehe begonnen wird. Das ist besonders unangenehm für die Kameraden der Nachtschicht, welche entweder nach Hause gehen und dann den oftmals weiten Weg zurückkommen, oder bis 9 Uhr, das sind drei Stunden, warten müssen. Auf jeden anderen Gruben hat man schon entsprechende Einrichtungen getroffen, daß die Arbeiter der Nachtschicht ihr Geld gleich nach der Schicht erhalten können, sollte das auch bei der Frühlichen Morgenstunde nicht möglich sein? Zu wünschen wäre auch, daß für die Tagesarbeiter ein Wasserkeßel beschafft würde, damit sich diese morgens und nachmittags warmen Kaffee ausschliefen können.

**Beche Gwald.** Für diese Beche scheinen wir eine stehende Kuebel einzurichten zu müssen, denn alle unsere bisher gelebte Kritik hat wenig gestützt, die Uebelstände werden nicht beseitigt. Bei der Jagd nach Kohlen scheint man alles hintenan zu legen. Der Wagenmangel besonders ist ein fast chronischer zu nennen. Kaum wegen Wagenmangel nur eine halbe Schicht verfahren werden, müssen Pferdeträger und Anschläger so lange dumm bleiben, bis der letzte Wagen Kohlen heraus ist. Die Arbeiter aber erhalten den Bescheid zum Ausfahren gewöhnlich so spät, daß sie mit 1-1/2 Stunden Verspätung erst zum Schacht kommen. Für diese zu viel gearbeitete Zeit wird ihnen aber nichts vergütet. Wie auf allen fiskalischen Gruben herrscht auch hier ein recht militärischer Geist und wenn man manchmal hört, wie oft noch ganz junge Steiger mit alten Knappen umspringen, glaubt man sich unwillkürlich auf einen Kasernenhof versetzt.

**Beche Grünberg.** Die Behandlung der Arbeiter seitens mancher Beamten läßt hier sehr zu wünschen übrig. Kürzlich verlangte der Steiger B. von zwei Lehrlingen, daß sie selbständig vor Ort arbeiten und Kohlen anstumpfen sollten, welches diese aber ablehnten, mit dem Hinweis, daß das gegen die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften verstoße. Der Steiger aber führte sie vor die Arbeit und verlangte Kohlen, trotzdem keine Kohlen geliefert werden konnten, weil erst die Bahn nachgebrochen werden mußte. Als die beiden Lehrlinge auf diesen Umstand aufmerksam machten, drohte der Steiger, ihnen die Schicht zu streichen, wenn sie seinem Befehl nicht folgten und Kohlen lieferten. Darauf baten die beiden Lehrlinge um andere Arbeit, die ihnen auch verweigert wurde, und als sie insulgebessenen ausfahren wollten, wurde ihnen auch die Ausfahrt verweigert. Der Fahrsteiger M. empfahl ihnen sogar spöttisch, doch den Fahrhauer, und zwar während der Kohlenförderung, zur Ausfahrt zu benutzen. Bei Gelegenheit einer Besprechung wegen Holzmann und Abhalten von Zeitgenossen als Lehrlinge erklärte ihnen der Betriebsführer: „Sie bekommen einen andern Steiger und wenn es dann nicht geht, wollen Sie — dann fliegen Sie hinaus!“ Ein anderer Steiger ist gekommen, aber damit ist der seltsame Holzmann nicht beseitigt. Auch die Behandlung ist keine bessere geworden, so daß die beiden Kameraden, die in ihrer schlechtesten Heimat sicher nichts gutes gewohnt waren, doch hier im hochgepriesenen Ruhrkohlengebiet etwas anderes erwarteten. Vielleicht steht sich die Bergbehörde einmal veranlaßt, hier nach dem Medizin zu sehen.

**Beche Gwald.** Die Uberschichten werden freiwillig verfahren, so heißt es auch hier immer, wie es aber damit aussieht, beweisen die Umstände, die zum Verfahren derselben auffordern. Da heißt es einfach: Wer die 1/2 Schicht verfahren will, muß nach Ablauf seiner achtstündigen Schicht zur Ausfahrt die Fahrten benutzen, d. h. klettern. Wer also Lust hat, nachdem er sich 8 Stunden müde gearbeitet, noch 6-700 Meter zu klettern, der mag es tun, wer was aber nicht will oder kann, muß 1/2 Schicht verfahren. In der Waschkane ist es sehr kalt, zudem stehen noch weils die Fenster offen, so daß es in der kalten zugen Luft, besonders beim Waschen, kaum auszuhalten ist. Notwendig wäre auch, daß in der Kolonie mehr für Ordnung und Reinlichkeit gesorgt wird, wie es bisher der Fall war, denn die Zustände dort werden nachgerade unerträglich.

**Beche Neumühl.** Im Revier 24, Flöz 2, arbeiten schon seit drei Monaten Leute im Aufbruch, ohne daß ein Ueberrückel vorhanden ist. Wollen die Leute ihre Nordwest verrichten, müssen sie den Aufbruch herunter bis zur Sohle klettern und dann noch etwa zehn Minuten bis zum nächsten Kiebel laufen. Auch im Flöz 4 fehlt der Ueberrückel häufig längere Zeit. Auf der zweiten Sohle im Schacht III ist der Weg zum Schacht häufig mit Holz berast, so daß die Arbeiter beim Schichtwechsel nicht durchkommen können und über den Holzhaufen hinwegklettern müssen. Das sind doch alles Uebelstände, die bei etwas gutem Willen sehr leicht beseitigt werden können. Ebenfalls liegt es mit der Waschkane. Die Brausen laufen sehr schlecht und nur zur Hälfte, die Türen schließen nicht, wodurch ein großer Durchzug entsteht, der sicherlich für die Gesundheit nicht förderlich ist. Sollte die Beche die Mittel nicht besitzen, die notwendigen Reparaturen vornehmen zu lassen, schlagen wir vor, dazu die vielen Strafgeelder zu verwenden. Bei den horrenden Strafen muß doch eine hübsche Summe vorhanden sein.

**Beche Prinz Regent.** Trotz unserer wiederholten Kritik sind die von uns gerügten Uebelstände nicht beseitigt worden. Auf der 5. Sohle im westlichen Untertage steht das Wasser noch immer beinahe 1 Fuß hoch. Auch auf der 4. Sohle befindet sich der Querschlag in einem sehr schmutzigen unsauberen Zustand. Betreffs der Hausbrandkohle sollte der Ausbruch vorstellig werden, doch hat man bisher nichts davon gehört. Es wurde wohl davon geredet, daß der Ausschuss eine Velegschafftsverammlung abhalten wollte, um zu der Frage Stellung zu nehmen, aber der Betriebsführer habe nicht geduldet, daß die Velegschafft durch Anschlag auf der Beche erfolgen sollte. Wie die Sache steht, wissen wir nicht, auf alle Fälle wäre Aufklärung des Sachverhalts und Beseitigung der gerügten Uebelstände geboten.

**Beche Kiedinghausen, Schacht II.** Ein recht starker Mann scheint der Steiger H. von hier zu sein, hat er doch ausgerechnet, daß die Arbeiter in einer halben Stunde einen 7-8 Fuß langen Stempel den 42 Meter hohen Fahrhauer hinaufholen können. Zunächst erwidert er schon sehr, wenn man kein einen derart hohen Fahrhauer heraufklettern muß, doppelt schwer ist es aber, das lange Holz heraufzutragen. Sehr ein Dreigespann, zu dem man drei solche Hölzer braucht, fertigzuhalten und das Holz dazu heraufzuschleppen, will der Herr 1 Mark, sage und schreibe eine ganze Mark, zahlen. Uns fehlen wirklich Worte, ein derartiges Angebot gebührend zu charakterisieren, der Mann müßte von rechts wegen wegen Aufreizung zum Klassenhaß in Anklagezustand versetzt werden.

**Beche Scharnhorst.** Die Auslöshung der Arbeiter geht hier sehr langsam von statten. So haben am letzten Lohntag die Arbeiter der Morgensticht teilweise bis 5 Uhr auf ihr Geld warten müssen. Während an zwei Schaltern ausgelohnt, wie auf anderen Bechen, dann wäre dieser Uebelstand nicht vorhanden. Sehr viele Klagen werden auch wegen der rigorosen Bestrafungen geführt. Wegen jeder Kleinigkeit werden Strafen bis zu 3 und 5 Mk. verhängt. Man scheint zu glauben, daß die Arbeiter ihr Geld auf der Straße finden, denn anders lassen sich die rigorosen Strafen nicht verstehen. Oder glaubt man, daß die Löhne zu hoch seien und auf diese Weise gekürzt werden müßten?

**Beche Scharnhorst.** Bei der Auslöshung müssen hier die Arbeiter manchmal stundenlang warten, bis sie ihre paar Wochen verdienten Pfennige erhalten. Am letzten Lohntag ist aus diesem Grunde sogar ein schwerer Unfall passiert. Schon 1/2 Stunden ungenügend warteten die Kameraden auf ihr Geld, als die dort beschäftigten Monteure schwere Matten mittels Kabel zu transportieren begannen. Plötzlich riß ein Kabelseil und die schwere Platte traf einen dort stehenden Kameraden so unglücklich, daß er schwer verletzt zum Krankenhause geschafft werden mußte. Hier wäre doch leicht Abhilfe zu schaffen, wenn nur der gute Wille da wäre. Ueber die gekieserte Hausbrandkohle wird ebenfalls sehr lebhaft Klage geführt. Diefelbe soll so schlecht sein, daß sie manchmal den Fußboden, der gegahit werden muß, nicht weht ist. Wenn des Herrn Direktors oder Betriebsführers Frau damit Kochen müßten, würde es bald anders sein. Aber es sind ja nur Bergarbeiterfrauen, die sich damit herumschlagen müssen!

**Schacht Sterkade I und II.** Sehr nette Zustände herrschen auf dem heißen Mutterpütt. Hauptächlich steht das Verfahren der Uberschichten hier in hoher Blüte. In der Weihnachtszeit, wo jeder Familienvater mehr benötigt als sonst, der Lohntag jedoch infolge der Abzüge von Kartoffeln und Steuern schlecht ausgefallen ist, haben sich verschiedene Arbeiter genötigt, um Vorschlag einzubringen. Aber nun Glück hat bekommen etwas, sicher aber derjenige, der anderthalb Schichten verfahren hat. Einem Arbeiter wurde der Vorschlag seitens des Herrn Betriebsinspektors Wilfert mit dem Bemerkten verweigert, er habe ja am Samstag keine Uberschicht verfahren. Auch macht sich hier schon die heranrückende Krise in dem Verhalten der Beamten gegenüber den Arbeitern bemerkbar. So wurde im Revier 1 einer Kameradschaft eine Arbeit aufgegeben und auf die Frage, was es dafür gebe, von dem Beamten erwidert: „Dafür

gibt es nichts, die Arbeit muß unmüßig gemacht werden.“ Die Brausen der Waschkane stehen meistens im Stillen, da kein Wasser vorhanden zu sein scheint, was bei dieser Jahreszeit sehr unangenehm empfunden wird.

**Beche Viktor.** Die Uberschichten können auch hier freiwillig verfahren werden, doch nur von dieser Freiheit Gebrauch macht und dieselben nicht verfährt, bekommt es gelegentlich am Lohntag zu spüren. Auf Schacht I und II sind Uberschichten vor dem Verfahren der Hauptschicht verboten, während sie auf Schacht III und IV sogar angeordnet werden. Auf Schacht I befindet sich der Fahrweg durch Flöz Sonnenstein in sehr schlechtem Zustand. Schwere Gefährlichkeiten hängen los und drohen herabzufallen, acht Zoll lange Nägel, an denen die Möhre aufgehängt werden, stehen hervor, in der Bahn selbst befinden sich tiefe Löcher, so daß dieser Fahrweg nur mit Lebensgefahr zu passieren ist. Nach vor kurzem wurde ein Arbeiter nach vorausgegangenem einundhalb Schicht auf dem Wege zum Schacht dort von herabfallenden Gefährlichkeiten verfehrt und seine hinter ihm herkommenden Kameraden konnten ihn nur schwerrecht unter den Steinen hervorziehen. Große Uebelstände zeigen sich auch bei der Seilfahrt. Die Kameraden vom Revier 1, 2 und 3 werden darunter ganz besonders. Diese Reviere liegen etwa 3-4000 Meter vom Schacht entfernt und gelangen die Arbeiter durch blinde Schächte zu ihren Arbeitsstellen. Die Seilfahrt in diesen Schächten beginnt eine Viertelstunde früher wie im Hauptschacht und sollen die Arbeiter den weiten Weg in dieser kurzen Zeit zurücklegen. Das ist aber nicht möglich und so kommt es, daß die betreffenden Arbeiter immer mit einem späteren Korb herauskommen, wie sie eingefahren sind, wodurch sich ihre Schicht wesentlich über die gesetzlich zulässige Zeit verlängert. Trotzdem sind besonders die Steiger B. und W. hinter diesen Kameraden her, daß sie früherer Möhre benutzen sollen. Diesen Herren wäre auch ein besserer Ton im Umgang mit den Arbeitern zu empfehlen. Zu empfehlen wäre auch, daß besser für leere Arbeitelbeile gefordert würde, auch könnte die Zahl derselben wesentlich vermehrt werden. Soll es doch vorgekommen sein, daß, als einmal die Luft nicht rein d. h. die Bergbehörde im Revier war, B. selbst einen sehenden Kiebel herbeischaffte. Sehr raskam wäre auch, wenn sich der Steiger W. das Buch: „Angelegter Umgang mit Menschen“ anschaffe. Vielleicht lernt er daraus, daß die Arbeiter auch Menschen sind.

**Beche Westfale.** In geradezu erschreckender Weise mehren sich hier die Unglücksfälle. Vier Tote und mehrere Schwerverletzte, ist das Resultat von 14 Tagen. Bei dem schlechten Bedinge und dem chronischen Holzmann, wie er hier herrscht, braucht man sich darüber auch gar nicht zu wundern. Bei der Untersuchung der Ursachen des tödlichen Unfalles des Kameraden Franz Dent, soll der Bergmeister im Revier des Steigers W., wo das Unglück passiert war, sogar Verleibspunkte wegen Holzmanns geltend machen. Bei dem tödlichen Unfall des Kameraden Fritz Heße, soll das Holz 5 Meter weit von der Arbeit gefehlt haben. Allerdings, die Taten sind ja stumm, sie klagen nicht mehr an. Interessant wäre es jedenfalls, zu erfahren, was die Bergbehörde in diesem Falle als Ursache des Unfalles festgestellt hat. War wieder einmal alles in bester Ordnung? In allen Revieren klagen die Kameraden auch sehr lebhaft über fortgesetztes Reduzieren der Bedinge. Wenn das tolle Treiben und die Jagd nach Kohlen so weiter geht, werden wohl bald noch viel mehr Kameraden auf der Strecke bleiben, denn dabei können die bergpolizeilichen Sicherheitsvorschriften unumgänglich beachtet werden. Ueber das übermäßig lange Warten an den Lohntagen, auf die paar Pfennige, wird ebenfalls sehr lebhaft geklagt. Es ist ebenfalls auch ein ganz unhaltbarer Zustand, daß bei einer Velegschafft von annähernd 3000 Mann nur an einem Schalter ausgelohnt wird. Man könnte dazu sehr leicht, wie auf anderen Bechen, zwei Schalter einrichten. Das Straßbüßen wird in der rigorosesten Weise gehandhabt, auch nehmen die Diebstähle in der Waschkane nachgerade überhand, ohne daß Abhilfe geschafft wird. Bei dem Kartoffelbezug durch die Beche haben die Kameraden derartige Erfahrungen gemacht, daß sie wohl in Zukunft auf diese Wohltaten verzichten werden.

## Hannover, Braunschweig, Hagen-Sippe.

**Konsolidierte Metallwerke Welter egeln.** Auf den Fabriken dieser Werke steht es mit der Behandlung der Arbeiter seitens der Beamten nicht besonders gut aus. Die Beamten fühlten sich als absolute Herren und die Arbeiter wagen infolge ihrer Armut und großen wirtschaftlichen Abhängigkeit gegen das Herrenregiment nicht zu mühen. Dieser unwürdige Zustand hat aus manchem Arbeiter einen unterwürfigen demütigen Geistes gemacht, und das kriecher- und Schmarotzertum ist daher sehr groß; gibt es doch sogar Arbeiter, denen das Kriechen und Schmeicheln derart zur zweiten Natur geworden ist, daß sie zum Meister sagen, sie wachen lieber auf der Fabrik, als zu Hause bei ihrer Familie, nur um sich lieb Kind zu machen. Die Meister aber stehen selbst, wie häufig nachgewiesen wurde, auf einer derart tiefen Bildungstufe, daß sie das Unwürdige eines solchen Zustandes gar nicht sehen. Hier kann nur Verbesserung geschaffen werden und ein gesundes Verhältnis eintreten, wenn die Organisation festen Fuß gefaßt hat.

## Königreich Sachsen.

**Grube Braunsdorf bei Riechisch.** Hier scheint man den Arbeiter nur noch als Arbeitskraft zu betrachten, ein Mitbestimmungsrecht bei seinem Arbeitsverhältnis räumt man ihm nicht ein. Eine Reduzierung und Veränderung der Bedinge wurde vorgenommen, zudem sollten ab 1. Dezember die getrennten Bedinge eingeführt werden. Der Obersteiger aber machte hierbei die Rechnung ohne die Arbeiter und erfuhr darum eine kräftige Wdhru. Obgleich Arbeitersseite in Verhandlungen und in der Presse viel über die Schäden der getrennten Bedinge geredet und gesprochen ist, gibt es leider doch noch unter den Arbeitern selbst vereinzelte Exemplare, die Anhänger dieses Nordsystems sind. Glücklicherweise ist die Zahl dieser Armeen im Wesentlichen nicht groß und so war es möglich, die Einführung der getrennten Bedinge abzuwehren. Die Arbeit im Braunkohlenbergbau ist die schwerste und aufreibendste im Bergbau überhaupt und es ist notwendig, dafür zu sorgen, daß dieses Verhältniß durch Einführung des getrennten Bedingensystems nicht noch verschlimmert wird. Man braucht sich die blaffen begüterten Gestalten der Braunkohlenbergarbeiter nur einmal in der Nähe anzusehen, um zu wissen, wohin es die unerfährliche Prostitution einiger weniger schon gebracht hat: auch sprechen die hohen Kranken-, Unfall- und Sterbeziffern immer nur zu deutliche Sprachen. Wenn bei den Herren Unternehmern das Leben erst beginnt, müssen die Schaffer der gewaltigen Wehrwerke schon in's Grab sinken, während Weib und Kinder nicht wissen, wovon sie das Lebensnotke Notdurft bedien sollen. Darum Kameraden, schließt Euch, schließt die Türen, wie es Menschenpflicht ist. Schaf zu verurteilen ist diese schamlose Günsterei, die den Arbeitern nur frühes Siedtun, früheren Tod bringt. Schaf verurteilt muß es werden, wenn sogar jüngerer Schlepper mit zwei Wagen schleppen. Wo bleibt da die Bergbehörde, die dieser unheimlichen Hege ein Paroli bietet. Oder soll der Bergmannsstand noch mehr degenerieren? Wo bleibt die Bergbehörde, die darüber zu machen hat, daß die Weiche und Vorschriften, die zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter erlassen sind, beobachtet werden? Auf der Saganagewerke verunglückte der Kamerad Suchert tödlich, weil die Schutzhöhne fehlte. Auf dem Leipzig-Dölitz Wert verunglückte unser Kamerad Schindler und konnte nicht gerettet werden, weil die Wetter so schlecht waren, daß die Lampen nicht brannten. Auf den Glückauf-Schächten und Kuttwiger Werken ereignen sich ebenfalls sehr viele tödliche Unfälle. Wann werden sich da Staat und Bergbehörde ihrer Pflicht gegenüber den Bergarbeitern bemußt? Wiffen noch unzählige Bergarbeiter das Opfer des Systems verbluten, bis man von der Seite einsehen lernt, daß die Grubenkontrolleure, wie sie von den Arbeitern gefordert werden, eine Notwendigkeit sind? Der Willfür der U. unternehmer und ihrer Beamten müß ein Mann entgegengefaßt werden. Schon heute, bei der günstigen Zeit, häufen sich die Klagen über schlechte Behandlung um. Wie soll es erit werden, wenn die Strafe in vollem Umfang einsetzt?

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Grube Königin Luise bei B a h z e c.** (W e r g s c h a c h t). Immer mehr werden die Arbeiter hier gedrängt die im freien Felde liegenden Einfahrtsschächte zu benutzen, um schneller bei der Arbeit zu sein und mehr leisten zu können. Unter der Velegschafft, besonders der 250 Meter-Sohle befinden sich viele Kameraden, die von auswärts mit der Eisenbahn kommen. Der Weg zur Bahn von obengenanntem Schacht beträgt etwa 20 Minuten. Früher wurde diesen Kameraden, damit sie den Zug nicht verpassen, stets der erste Korb zur Ausfahrt eingeräumt. Das ist jedoch in Bezug auf gekommen und alle Schwierigkeiten hierüber verliefen fruchtlos. Der Betriebsführer sieht die Berechtigung dieses Wunsches der betr. Arbeiter wohl ein und verpflichtet Abhilfe, aber die Beamten handeln immer entgegengefaßt. Die letzten Kameraden konnten von der 250 Meter-Sohle erst um 8 1/2 Uhr heraus. Dann müssen sie sich noch waschen und anziehen und den 20 Minuten weiten Weg zur Bahn laufen, so daß es ihnen vielfach nicht mehr möglich ist, den schon 6 1/2 Uhr fahrenden Zug noch rechtzeitig zu erreichen, dann aber müssen

Ne beinahe zwei Stunden waren, bis der nächste Zug um 8 Uhr kommt. Wir sind der Ansicht, daß der Wunsch dieser Kameraden, den ersten Zug zur Verfügung zu haben, den wir zu fördern, durchaus berechtigt und auch sehr leicht durchzuführen ist. Unter dem Schachte befindet sich eine aus einem zerlegten Drahtseil angefertigte Barriere, welche die Arbeiter ebenfalls zur Lage gibt. Das Seil ist an vielen Stellen wie gefagt gerissen und die Drahtenden ragen nach allen Seiten, so daß die Arbeiter, wenn sie darunter durchziehen müssen, sich sehr leicht verletzen können und mancher hat sich schon ein Weiterloch in seinen Arbeitsmittel dabei gerissen. Zu wünschen wäre auch, daß an den unter dem Schacht befindlichen Damm ein Mann gestellt würde, um die Dammstücke jedesmal zu schließen, damit sich die durchgehenden Arbeiter in dem eiskalten Durchzug nicht erkälten und einer Krankheit holten. Am Schachte und in den Straßen stehen beim Schichtwechsel immer sehr viele Wagen, zwischen denen sich die Arbeiter durchquetschen oder darüber gehen müssen. Das ist besonders für diejenigen, die Gedächtnis zu tragen haben, außerordentlich schwierig und lästig und viele zerquetschen sich hierbei ihre Kaffeeflaschen. In all diesen Fällen wäre es sehr leicht, Mittel zu schaffen, wenn nur der gute Wille da wäre. Dieser gute Wille wird aber nur bei den Verwaltungen auf den fiskalischen Gruben zu finden sein, wenn die Herren durch eine maßvolle Organisation der Vergarbeiter gezwungen sind, deren Wünsche und Forderungen zu berücksichtigen. Es muß darum Pflicht aller Vergarbeiter sein, sich beim Verbandsausführlichen.

**Geophas-Grube bei Jale n g e.** Die Verwaltung unserer Grube sowie den Herrn Einfuhrer machen wir aufmerksam auf den unhygienischen Zustand unserer Trinkwasserförderung. Die Gefäße, besonders die Wasserwagen, sind zum Teil verrostet, jedoch das Trinkwasser ganz klar und schmeckt gesundheitsförderlich. In anderen Gruben sind die Wasserwagen mit Blutblech ausgeföhren und werden regelmäßig vor dem Füllen mit Dampf ausgekocht. Möge das auch bei uns eingeföhrt werden, damit wir wenigstens in dieser Beziehung nicht zu Klagen brauchen, in anderer Beziehung haben wir noch bedeutend mehr Grund zum Klagen. Besonders das Gedingmachen und die Behandlung seitens verschiedener Beamten läßt sehr viel zu wünschen übrig. Die Folgen davon sind, daß viele Kameraden dieser Grube den Wälden kehren und die Verwaltung fortwährend Agenten nach Galtzien schicken muß, um fremde Arbeiter heranzuholen. Aber auch diesen sehr anspruchslosen Menschen geföhlt es hier nicht, auch sie gehen zum Teil wieder ab. Daran wird auch nichts dadurch geändert, daß man den Galtziern 10 Mark Prämie für das Wiederkommen verspricht. Wir sind der Meinung, wenn man uns ausständig bezahlt und bezahlt, wird man hiesige Leute genug haben können.

**Grube Conf. Abendrot, bei Rotenbach.** Auf dem Müllschacht herrscht ein ständiger Mangel an Schlegeln, was nicht zu verwundern ist, bei der Art und Weise, wie dieselben von manchen Beamten behandelt werden. Besonders der Fabrikant G. besitzt eine besondere Menge der Leute anzuföhren. So besitzt er noch nämlich die Schlegel an: Wo sie für ihn, ihr verfluchten Grube, ihr habt nichts in der Grube herumzulassen, ihr verdient nicht viel zu viel für die Arbeit die ihr leistet usw. Dabei verdienen die Schlegel die horrenden Summe von 2,75 bis 2,85 Mk. pro Schicht und müssen sich dafür ganz heillos abfinden. Kürzlich langte der Herr einen Schlegel ganz gründlich ab, weil dieser während der Arbeit seine Notdurft verrichten mußte, mit dem Bemerkten, daß sei nur gestartet, wenn bei dazu übrig sei. Das Strafwesen sieht ebenfalls in höchster Blüte, wegen jeder Kleinigkeit werden hohe Strafen verhängt. Hoffentlich bestimt man sich eines Besseren, dann wird auch der Arbeitermangel aufhören.

**Schleifsteine Kohlen- und Holzwerke, Magdalenbach.** Kürzlich besuch hier der Obersteiger in der ersten Abteilung einen Betriebspunkt wobei er den dort beschäftigten Arbeitern in nicht sehr fröhlicher Weise erklärte, daß sie zu wenig leisteten. Er sagte ihnen unter anderem, die Arbeit sei eine Mafstakt, wo viel mehr geleistet werden könnte und müßte, so könne das nicht mehr weiter gehen und dergl. mehr. Selbst der Reviersteiger war der Ansicht, daß es den Arbeitern nicht möglich sei, mehr zu leisten. Das Holz muß durch eine 40 Meter schwebende Stredie bis vor die Arbeit transportiert werden, was besonders deshalb große Schwierigkeiten macht, weil dieselbe schon teilweise zu Brüche liegt. So werden hiesige Arbeiter behandelt und weggeschickt, während man den Fremden Arbeitern, besonders Kroaten, die man idarumwelle heranzubolt, in jeder Weise entgegenkommt. Viele dieser fremden Arbeiter sind den einheimischen Arbeitern zu denen sie in die Arbeit kommen, vielfach nur eine Plage, mit denen sie schon die trübsten Erfahrungen gemacht haben.

**Süddeutschland und Reichslände.**

**Das Müllgebiet, reich an Schätzen, doch noch reich an Missethänden.**

Nam hat die Geschäftslage sich hier fühlbar gemacht, so wissen auch schon die in der guten Geschäftszeit große Zwindenden einstellenden Unternehmer diesen Umstand für sich zu benutzen. Nicht die wenigsten, daß die Herren auf ein paar Prozent in der Arbeitszeit verzichten wollen, um so ihr „gutes Herz“ für die Arbeiter, von dem sie sonst soviel zu erzählen wissen, zu zeigen. Nein, das fällt den so „christlich“ denkenden Herren nicht ein, sie vergraben ihr Pfund nicht, sondern wuchern damit in wirklich „nobler“ Weise. So fühlte sich die Verwaltung des **Mühlbacher Müllgebietes** bemüht, sämtlichen Arbeitern ihrer Gruben 5 Prozent vom Lohn abzuziehen. Ein nettes Weihnachtsgeschenk fürwahr. Die Herren Aktionäre empfangen im Jahre 1906 14 Proz. Dividende, für schlechte Zeiten wurden 2504 990 Mk. abgeschrieben, die „notleidenden“ Herrn Kommerzienräte welche den „schweren Zeiten“ eines Aufwärtstrends befallen, erhielten 151 536 Mk. Zantienen, und dem schwer schuftenden Bergmann macht man vor dem Feste der „Liebe“ bekannt, daß er den Hungerriemen fester schnallen muß in neuen Jahre, daß man statt ihm den Lohn angemessen den teuren Lebensmittelpreisen zu erhöhen, ihm noch 5 Proz. davon abzwinkt. Netze „göttliche“ Weltordnung.

Nach „humaner“ geberdet sich die Luxemburger Bergwerks-Gesellschaft, deren Aktien im Jahre 1886 100 Frks. gelten und jetzt ihren Wert vervierfacht haben, sie standen 1906 auf 450 Frks. Ein Gewinn von 5 458 158 Mk. wurde im Jahre 1906 verteilt und dabei schüttete man noch 223 980 Mk. Zantienen aus. Zum Lohn dafür, daß die Arbeiter solche Unmenge Reichtümer hervorbringt, gibt es laut Anschlag auf Grube **Oettingen** 5 Proz. Lohnabzug, doch nicht genug damit. Vor einem Monat betrug das Gewicht des Erz, nach welchem die Arbeiter bezahlt werden 1500 Kilogramm. Die Kräfte scheint nun auch so auf das geföhllte Erz eingewirkt zu haben, daß es an Gewicht abnahm, denn heute wiegt derselbe Wagen Erz nur noch 1300 Kilogramm. Dabei muß der Hauer auf dieser Grube halbe Schichten lang noch nach Schienen und Schwellen suchen und erzählen uns alte Vergarbeiter daß sie heute auf 1 Mk. weniger Lohn täglich kommen, als vor Monaten. Wirklich die Erfahrung des Bergmannes wird immer „sicherer“. Bei Klindigungen, die eintreten, wurden auf dieser Grube besonders die Verbändler herbeigeholt, um so die ungemüßen Mahner um ihre Rechte loszuwerden. Der Druck der auf die Kameraden ausgeübt wird, fällt auch viele vom Verband fern und dadurch haben die Herren freie Hand, mit den Arbeitern umzugehen, wie es ihnen beliebt. Ein Ansporn für die dort beschäftigten Arbeiter, sich dichter zusammenzuschließen, um ihre Rechte besser wahren zu können.

Lange Arbeitszeit und schlechter Lohn, das ist das Fazit, mit dem das alte Jahr in Schlingungen für unsere Kameraden abschließt. Wie oft haben schon die Unternehmer, wenn man sie darauf aufmerksam machte, daß die Löhne auch in Vorbringen höher seien, wie im Ruhrgebiet, und die Arbeit des Erzbergmannes gesünder. Ja, profi Manigfalt! Das ist einmal gewesen. Die Löhne stehen heute hier ebenso miserabel, wie im Ruhrgebiet. Die Arbeit des Erzgräbers ist noch anstrengender, als die des Kämpfers im Kohlenrevier, und der Gesundheitszustand läßt hier alles zu wünschen übrig. Die Gruben werden immer tiefer abgebaut. Im Kohlenrevier wird durch Durchbrüche und Zuführung guter Wetter für frische Luft gesorgt, doch hier scheinen dies so manche Gewalttätige der Gruben nicht für nötig zu halten. Also möge man aufhören, das Los des Erzbergmannes als ein besseres hinzustellen, die meisten Kohlengräber, die noch im Erzbergwerk ihr Glück versuchen, sagten diesem Lande „Guten Tag“ schnell wieder valet und verschwanden von hier auf Nimmerwiederkehr.

In anderen Revieren sorgt man dafür, daß der Bergmann wenigstens frisches Wasser bei seiner hiesigen ausbringenden Arbeit vorfindet. Wie steht es denn hier aus? Wieviel Gruben gibt es hier, die Tragen, Krankenwagen und Verbandzeug für eintretende Unglücksfälle aufbewahrt haben? Schem wir uns zumeist an:

**Grube Amberg-Grunde.** Als Trinkwasser dient Wasser, welches den Gruben entläßt und das sich die Kameraden auffangen, wenn sie den Durch quält. Die Waschtaxe ist zu klein und fehlt es häufig an warmem Wasser. Auch Gieße soll es hier noch geben. So soll vor noch gar nicht langer Zeit ein Pferdunge von einem Ober seine Sänge erhalten haben. Auch ein Reigen der Zeit, was sich die Herren alles erlauben.

**Grube Karl Ferdinand.** (Groß-Oettingen, (Summ). Kein Trinkwasser in der Grube. Keine Waschtaxe. Weder jedenfalls, nachdem wir dies geschrieben, auch nicht eingerichtet werden, denn ein hochgebender Herr sagte unlängst zum Arbeiterausföh, als die „Vergarbeiter-Zeitung“ einen Mißstand von hier veröffentlichte: „Jetzt, da es die „Vergarbeiter-Zeitung“ angeordnet hat, wird es gerade nicht abgeändert. Es handelte sich darum, die Vergarbeiter bei der Fahrt zur Grube vor Wind und Wetter zu schützen, in den bis jetzt unbedeckten Waggons. Wir wollen dem Herrn nur verraten, daß, wenn die „Vergarbeiter-Zeitung“ etwas anordnen könnte, der Herr sicher Ordnung würde und nicht mit der Gesundheit der Vergarbeiter weiter spielen sollte. Doch vielleicht hat der Mann seine Meinung wieder geändert und hört doch auf einen neuen Wunsch, nicht der „Vergarbeiter-Zeitung“, sondern der Galtzien. Sollte es dem Herrn unbekannt sein, daß bei der Personalförderung keine Aussicht ist? Vielleicht ordnet er die Sache an, denn die „Vergarbeiter-Zeitung“ ist nicht Mitinhaber der Grube Ferdinand, hat also im Bereiche mit zu sagen. Weiß der auf den Verband Ergreifung nicht, daß, wenn die Personalförderung auf der Galtzien hat, d. h. wenn die Leute einfahren, zugleich der Ergreifung ausföhrt? Zwischen beiden Verleihen ist ein Mann von 20 Zentimetern. Die Fahrt jeder Bluge geht im schnellsten Tempo. Unlängst querschte ein Personenzug den Finger eines Mannes, es wurde halt gehalten von der ganzen Mannschaft, doch es ging immer lustig weiter. Welches Unglück kann hier einmal passieren, wenn von einem der beiden Bluge ein Wagen entgleist? Welch nettes Wagnis es ist, kann man daran erkennen, daß einmal auf diesem Waggon 18 Mann verloren wurden und man nichts davon merkte. Hoffentlich schafft bei all diesen Mißständen der neue Herr Verwalter, der im Anfang des Jahres antritt, Veränderung und stellt sich nicht auf den Standpunkt des Herrn Gradenich. Dem Herrn möchten wir auch noch raten, seine Feindschaft gegen den Verband etwas einzuschränken, denn wir marschieren vorwärts, allen Feinden zum Trotz. Nun zu einer anderen, auch schon bekannten und viel genannten.

**Grube St. Paul, Rombach.** Kein Trinkwasser, keine Waschtaxe, schlechte Arbeitsverhältnisse. Verbandzug mangelt.

**Grube Reichsländ.** Trinkwasser wird den Wassertränern entnommen. In vielen Straßen ist keines. Ein Werkbeamter sowie ein Aufseher geben sich alle Mühe, den Verband mit Stumpf und Stiel auszureutern, doch ohne Erfolg. Wurde doch ein Wirt, der um Arbeit auf dieser Grube anfragt, beinflusst, dem Verband sein Vokal zu entziehen.

**Grube Klostingen.** Kein Trinkwasser in der Grube. Keine Tragen, keine Krankenwagen ganz zu schweigen. Waschtaxe nicht vorhanden. Arbeitszeit 10 Stunden.

**Grube Burbach.** Keine Waschtaxe vorhanden. Ein Eitelger, unseres Wissens ist sein Name Peter, glaubt auch den Verband vernichten und sich vorwärts helfen zu können. Er wird dadurch jedenfalls dem Uebel ausweichen, daß zwei bei den Arbeitern beliebtesten Steigern zugehört, welchen man zum Christfest ihre Kündigung präsentierte. Ueber das rigorose Strafwesen wird fast auf allen Gruben geklagt. Besonders stramm geht die Grube Oettingen vor, fehlt ein Mann einen Tag ohne Urlaub, wird er entlassen. Mit Scheibestoffen ist es verfahren. Die Grube Reichsländ nimmt pro Wagen 2 Mk. Scheibestoffen, die Grube Burbach 2 Mk. pro 1000 Kg. Der Durchschnitts verdient der Hauer bewegt sich auf sämtlichen Gruben zwischen 6 Mk. und 6,50 Mk., für Schlegel 4-5 Mk. Wir werden in nächster Zeit die weiteren Gruben veröffentlichen, auch etwas näher auf die verschiedenen Strafsysteme eingehen. Die Herren Beamten, welche glauben den Verband loszuwerden zu können, mögen sich lieber um ihre eigenen Verhältnisse kümmern und auch der Beschäftigten der Firma de Wendel, der „Wendelhofener Hüttenwerke“ wäre zu raten, nicht so viele Mittel von Zehnföhre aus anzunehmen und dabei von Leuten zu schreiben, die nach Ansicht der blauen Tanne nur von Arbeitererfahrungen leben. Wir sind der Ansicht, daß es noch hundertmal besser ist, für die Arbeiter einzutreten und von Arbeitserfahrungen zu leben, als eine Zeitung herauszugeben, für die man gerne Abkommen aus Arbeiterkreisen hat, aber zum Duzel dafür Artikel der Unternehmer veröffentlicht und die Arbeiter in den Not zieht. Als ich schied Herr S o l l i n g e r, wenn man schreibt, daß ein Arbeiter, der Urlaub haben wollte, nicht kauft gewesen sei, sondern nur zum Kneipen habe gehen wollen, obgleich da n weiter doch alles zugegeben werden muß, was die „Vergarbeiter-Zeitung“ in diesem Falle „Grube de Wendel-Grubenwerke“ geföhrt hat? Erwähnen wir nicht so anzutreten, wenn auch die Ledigföhner Ortsgruppenföhre andere Günstiger bekommen hat, die Vergarbeiter sind wirklich unglücklich daran, als sie selbst, Herr S o l l i n g e r, Erwähnen, also keine Feindschaft nicht aus den Born nicht so offen merken lassen. Unseren Feinden allen aber wünschen wir zum neuen Jahre, daß sie ebenso für uns weiter arbeiten, wie im vergangenen, dann wird auch hier die Zeit kommen, wo die Vergarbeiter sich nicht mehr Lohnabhängige stillschweigend gefallen läßt, sondern den Herren zeigt, daß sie es sind, die ihnen das tägliche Brot schaffen und nicht umgeteilt, wie man so oft zu sagen beliebt. Unsere Kameraden aber mögen das neue Jahr noch viel besser ausnutzen, auf das Licht und Tatkraft hier immer mehr eindringen, zum Segen und Heile der gesamten Vergarbeiterchaft.

**Ägyptische Plagen.**

In der Privatklage sache des Bergwerksdirektors Hugo Köhner in Gottesberg, Privatklägers, vertreten durch Rechtsanwält Knut Meyer in Gottesberg, gegen den Redakteur Theodor Wagner in Essen, Angeklagten, wegen öffentlicher Beleidigung, hat das Königl. Schöffengericht zu Gottesberg am 6. November 1907 für Recht erkannt: Der Angeklagte, Redakteur Theodor Wagner in Essen, ist der öffentlichen Beleidigung des Bergwerksdirektors Köhner in Gottesberg schuldig, begangen in der Zeit der in Bochum erscheinenden „Vergarbeiter-Zeitung“ vom 20. Juni 1907. Er wird deshalb unter Anfertigung der Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von 30 — dreißig Mark verurteilt. Kann sie nicht beigetrieben werden, so tritt für je zehn Mark ein Tag Gefängnis ein. Der Direktor Köhner ist befugt, den Urteilsstener binnen vier Wochen bei Zustellung des Urteils an ihn in der „Vergarbeiter-Ztg.“ in Bochum, im „Gottesberger Wochenblatt“ und im „Gottesberger Stadtblatt“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen; in der „Vergarbeiter-Zeitung“ ist der verfügbare Teil des Urteils in demselben Teile der Zeitung und mit derselben Schrift bekannt zu machen, wie der Abdruck der Beleidigung geschehen ist.

Die Wichtigkeit der Abchrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt. Gottesberg, 25. Nov. 1907. gez. Siebert, Gerichtsschreiber des Königl. Amtsgerichts.

Wir hatten vorstehenden Urteilsstener schon im Informaten abgedruckt. Direktor Köhner verlangt aber, daß wir dem Urteile folgend, denselben in demselben Teile unserer Zeitung bringen, so seine Beleidigung gestanden hat. Dadurch kommen wir aus dem Regen in die Traube. Weil wir seine angebl. Beleidigung unter der Rubrik „Ägyptische Plagen“ veröffentlicht, fühlte sich Direktor Köhner beleidigt und strengte Klage gegen uns an. Das Gericht erblühte in dieser Beleidigung eine Beleidigung und wir wurden bestraft. In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß durch diese Heberchrift die Wirkung der Beleidigung abgeschwächt und die in's Unerlässliche gezogen werden sollte. Trotzdem verurteilt uns das Gericht, den Tenor des Urteils in demselben Teile unserer Zeitung — d. h. unter Ägyptische Plagen — und mit derselben Schrift bekannt zu machen. Sollte sich Direktor Köhner dadurch wieder beleidigt fühlen, dann mag er das Gericht verlangen, welches uns verurteilt hat: wir folgen nur diesem Urteilspruch, lehnen aber eine Verantwortung dafür vollständig ab. Uebrigens müssen wir unseren Erlaunen darüber Ausdruck geben, daß sich Köhner durch die doch nur humoristisch zu nehmende Heberchrift „Ägyptische Plagen“ beleidigt fühlte, während es ihm nie eingefallen ist, uns wegen des sachlichen Inhalts unserer zahlreichen, gegen ihn gerichteten Artikel zu verklagen. Ob Herr Köhner den Wahrheitsbeweis, den wir in diesem Falle geführt hätten, gefürchtet hat?

**Sehe Konstantin, Schacht IV/V.** Zu der Verichtigung genannter Bege in Nr. 50 unserer Zeitung schreibt uns unser Gewährsmann: Ueber müssen wir dem Verichtigungseifer der Verwaltung von Sehe Konstantin einen kleinen Dämpfer aufsetzen. Wir möchten dem Herrn Verichtigungsschreiber zunächst den guten Rat geben, bei späteren Verichtigungen hauptsächlich bei der Wahrheit zu bleiben. Auf Kosten der Wahrheit verichtigungen, gehört nicht zu den Gepflogenheiten ausländischer Leute. Wir halten unsere durch diese angebl. Verichtigung verichtigten Angaben vollständig aufrecht und sind bereit, dafür den Beweis vor Gericht anzutreten. Die Abartitel unter Tage werden weder ordentlich gereinigt noch desinfiziert. Die Mütterlichkeit der Seifahrt läßt trotz Verichtigung viel zu wünschen übrig, besonders der letzte Korb von der Wettersohle kommt immer — sehr — pünktlich heraus. Daß selbst nach Erscheinen der Verichtigung noch Kameradschaften jogar im Ueberbau arbeiteten, von denen der eine Kamerad zwei, der andere nur einen

Korb auf der Lampe hatten, davon scheint der Verichtigungsschreiber nichts zu wissen. Trotz der Verichtigung hat der Markentrollseur die besitzerte Neuerung, die Tragbahnen betreffend, getan. Vielleicht ist der eifrige Verichtigungsschreiber der Uffessor B. Sollte das der Fall sein, möchten wir ihm den guten Rat geben, bevor er „Verichtigungen“ in die Welt setzt, die der Wahrheit braver Gewalt antun, sich erst durch den Augenschein zu überzeugen. Wir würden dieser angebl. Verichtigung zu viel Ehre antun, wenn wir auf alle Einzelheiten derselben eingehen wollten, nur das wollen wir noch betonen, daß wir jederzeit bereit sind, den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen an Verlichter zu erbringen.

**Sehe Friedrich der Große.** Zu der Verichtigung dieser Bege in der Nr. 49 unserer Zeitung schreibt uns unser Gewährsmann: Bei ihrem Verichtigungseifer legt die Verwaltung der Sehe Friedrich der Große keine allzu große Wahrheitsliebe an den Tag. Wahr ist trotz der angebl. Verichtigung, daß der Schlegler C. im August mit 14, im September mit 14,50 Mk. bestraft worden ist. Auch wurden die Vergleite C. mit 8, O. mit 14 Mk. bestraft. Es ist auch nicht zu bestreiten, daß Kameraden, sobald sie einmal eine Schicht ausbleiben, sofort wegen willkürlichem Fernsein bestraft werden. Wahr ist auch, daß Steiger Sch. den Schlegler C. auf dessen Bitte keinen Krankenschein ausgestellt hat, sobald dieser sich ohne Krankenschein in ärztliche Behandlung begeben mußte. Erst zwei Tage später erhielt C. den Krankenschein ausgestellt, es ist also auch unrichtig zu behaupten, derselbe habe bloß einen Tag krank gefehlet und sich dann wieder als arbeitsfähig gemeldet. Die Verwaltung der Sehe Friedrich der Große hat sich in der angebl. Verichtigung über die Zustände in der Waschtaxe, über die wir ebenfalls geschrieben hatten, völlig aus. Warum hat hier der Verichtigungseifer versagt? Warum bestraft man nicht lieber die von uns gerügten Uebelstände statt Leutz zu bestrafen? Laut Anschlag soll die Seifahrt morgen 5 1/2 Uhr beginnen. Gewöhnlich aber beginnt man schon um 5,15 und 5,20 Uhr, während es mittags bei der Aufsahrt nicht so genau gehalten wird, dann beginnt man gewöhnlich erst nach 2 Uhr. Ueberflüssig werden in großer Anzahl verfahren und kaum vergeht ein Samstag, an dem die Morgenlicht nicht des Abends wieder anföhren muß. Man sieht, durch solche Verichtigungen werden die Uebelstände nicht beseitigt. So lange die Uebelstände aber bestehen, werden wir durch unsere Kritik auf Beseitigung derselben drängen, allen Verichtigungen und Schlitzen zum Trotz.

**Künstfeld.** (Sehe Zentrum.) Zu der Verichtigung dieser Bege in unserer Nr. 50 schreiben unsere Gewährsmänner: „Bezüglich auf die Verichtigung der Sehe Zentrum, Schacht I u. II, in Nr. 50 der „Vergarbeiter-Zeitung“ betr. den Artikel in Nr. 44 desselben, erklären wir hiermit, daß wir die f. H. gemachten Angaben voll und ganz aufrecht erhalten und durch Beugen beweisen können. Ob das Herausbringen der Schmittchen durch die große Schnelligkeit verursacht worden ist, ist laut Verichtigung durch die Untersuchung nicht festgestellt worden. Tatsache ist aber, daß nach Erscheinen des betr. Artikels das Tempo bei der Seifahrt bedeutend nachgelassen hat und auch die erwähnten Thren auf der mittleren und unteren Bühne jetzt stets geschlossen sind, welches sonst nicht der Fall war; Demnach hat der Artikel seinen Zweck nicht verfehlt. D.h. auf der S. Sohle bei der Seifahrt kein Aufsichtsbearbeiter anwesend war, ist von uns nicht behauptet worden; nur das viel geföhlt wird, und dieses ist bis jetzt noch nicht abgestellt worden.“ — Etwas zu bestrafen, was nicht behauptet worden ist, erscheint uns sehr überflüssig. Die Bege soll sich also auf das, was behauptet worden ist, beschränken.

**So lenztichtet sich die Art, wie von den Grubenverwaltungen berichtet wird!**

Zur Ausklärung unserer Leser wollen wir bemerken, daß mit laut Pressegesetz gezwungen sind, auch Verichtigungen, welche nicht auf Wahrheit beruhen, soweit sie sich auf den Sachverhalt beziehen, aufzunehmen, da wir im anderen Falle nicht des Zartleandes halber, sondern wegen Nichtaufnahme der Verichtigungen bestraft werden können.

**Lohnreduzierungen im Bergbau.**

Trotzdem noch überall auf den Bechen zahlreiche Ueberflüssigkeiten verfahren werden und die heßungrige Jagd nach Kohlen unermüdet weitergeht, nimmt man schon fast überall Lohn- und Gebingereduzierungen in recht erheblichem Maße vor. Das ist ein uners größeres Unrecht, weil die bisherigen Kohlenpreise nach bis zum 1. April 1906 bestehen bleiben. Die Nachfrage nach Kohlen ist noch unermüdet, wie die zahlreichen Ueberflüssigkeiten beweisen. Die erhöhten Kohlenpreise sind noch in Kraft, trotzdem Lohnreduzierungen. Doppelt und dreifach suchen sich jetzt schon die Unternehmer schadlos zu halten, für die paar Prozentige Löhnerhöhung die sie den Arbeitern in den letzten zwei Jahren zutommen liehen. Kann man sich eine salomunere, eine ungerechtfertigte Herausforderung der Arbeiter denken? In derselben schlümmen Weise wie nach 1900 spielen auch jetzt schon die Unternehmer mit dem Feuer. Nicht nur, daß man die Arbeiter durch Abreihen der Gebinge und des Schichtlohnes zur höchsten Erbitterung treibt, nein auch die Behandlung derselben ist schon eine viel schlechtere geworden wie vor aus zahlreichen Zuföhren, ergeben. Die Unternehmer fühlen sich den Arbeitern gegenüber wieder als Herren der Situation und höhlich wird denselben, wenn sie Beschwerde führen, gesagt: Wenn das nicht paßt, kann gehen. Wir halten es für unsere Pflicht, die Öffentlichkeit schon jetzt auf diese unerhörten Vorgänge aufmerksam zu machen, damit man weiß, wer die Schuldigen sind, wenn es wieder zu einer Katastrophe wie 1905 kommen sollte. Schon jetzt zeigt sich, welche Verantwortung die Verbünzer des Vergarbeitergesetzes 1905 auf sich geladen haben: Schuldlos sind die Vergarbeiter diesen geradezu unerhörten Maßnahmen ausgeliefert und wenn die Erbitterung darüber sich wieder in einem Sturm wie 1905 Luft macht, tragen die Verbünzer des Vergarbeitergesetzes und die Regierung, welche alles gelassen ließ, ebenfalls daran die Schuld.

Im Feste der Liebe und Veröhnung erklärt man den Arbeitern den Krieg, reduziert die ohnehin kümmerlichen Löhne, Ungezähnte Reichtümer haben die Vergarbeiter geschaffen für andere. Bei ihnen aber halten Mut und Sorge Einzug am Weihnachtabend. Das ist der Lohn für die Selbstlosigkeit, mit der sie für andere gekämpft.

Schon in voriger Nummer haben wir berichtet, daß auf den Sechen Hasenwinkel, Friedlicher Nachbar und Vater Walde, die Stimmzettel gebildet, erhebliche Reduzierungen der Gebinge und Schichtlöhne stattgefunden haben. Andere Sechen bleiben nicht zurück! Von Seche Viktor erfahren wir, daß durch Anschlag bekannt gegeben wurde, daß mit dem 1. Januar die Löhne um 10 Proz. gekürzt werden sollten.

Auf Wolf von Hansmann sollen die Löhne sogar um 15 Prozent gekürzt werden.

Auf Rocklinghausen II wurden den Schlegelern und Pferdreitern 20 Pfg. pro Schicht abgezogen.

Auf Schamwoll hat man das Gebinge um 8, 10 und 15 Pfg. pro Wagen gekürzt.

Auf General Blumenthal wurden bis zu 30 Pfg. pro Wagen abgezogen.

Jetzt wird uns auch aus Lothringen gemeldet, daß eine Reihe von Werken schon Lohnreduzierungen vorgenommen haben. Die Rombacher Güte hat den Arbeitern ihrer Gruben 5 Prozent Lohnreduzierung auf den Weihnachtstisch geteilt, die Herren Aktionäre aber empfangen 1906 14 Proz. Dividende: für schlechte Zeiten wurden 2504 990 Mk. abgeschrieben. Die notleidenden Herren Kommerzienräte erhielten für ihre mühselige Tätigkeit im Aufsichtsratsmitglieds befallen, ausgeschüttet. Den Arbeitern aber, die diese Reichtümer geschaffen, hat man laut Anschlag auf Grube Oettingen eine Lohnreduzierung von 5 Prozent unter den Weihnachtstbarm gelegt.

Ein nettes Christfestchen wurde auch den Arbeitern auf Grube St. Paul in Klostingen bescheert. Ein Anschlag, der auf der Grube prangt, macht bekannt, daß ein fünfprozentiger Lohnabzug vom 1. Januar ab eintrete. Die Herren werden ihre Dividenden aber weiter in gleicher Höhe einfinden. Wann werden endlich die Arbeiter aufwachen, sich samt und sonders in der Organisation vereinen, um so dem Unternehmertum ein Paroli bieten zu können? Doch man wird auch jetzt hier wieder, die Faust in der Tasche halten und noch mehr schütten, um doch den alten Lohn herauszufinden, aber nicht daran denken, daß nur durch allgemeinen Anschluß an die Organisation solchen Lohnrückereien ein Ende zu machen ist. Kameraden! Jetzt in der Zeit der Geschäftslage zeigt sich so recht der egoistische Standpunkt der Unternehmer. Öffnet euren Arbeitsbüchern die Augen, weist darauf hin und führt sie der Organisation zu. Und wahr der Winter noch so lang, es muß doch Frühling werden.

# Aus dem Kreise der Kameraden.

## Oberbergamtsbezirk Dortmund.

### Terrorismus gegen Arbeitervereine.

In einer Zeit, wo die Terroristen gegen freie Gewerkschaftler gleich schändlich ausgeübt werden, ist es angezeigt, die wirklichen Terroristen zu kennzeichnen. Wenn unser Fall auch keine Gewerkschaftsmitglieder, sondern Arbeitervereine betrifft, so zeigt doch diese Geschichte, welche Vergewaltigung erst Gewerkschaftler ausgeübt sind, die wirklich einen energischen Interessenkampf führen. In einigen fast ganz katholischen Orten Saarabien traten nach der Reichstagswahl die Arbeitervereine aus dem Arbeiterbund aus, weil dieser sich als nationalliberaler Wahlschlussschub aufsetzte. Mit Mitteln, die nicht nur in Saarabien üblich sind, wurden die Arbeitervereine zum Wiedereintritt angehalten. Der Herrensolter Arbeiterverein hat am 16. Dezember den Kampfabgang auch angetreten. Bezeichnend ist, daß auch ein Gewerkschaftssekretär Ungehöriges für den Wiedereintritt sprach, mit der Begründung, man solle nicht so fanatisch sein, man könne sich doch in die Arbeitervereine einmischen, wie es dem Bergmann Stein passierte, weil nicht zum Festhalten am Rechtsstandpunkt fordert der tapfere Krieger und Gewerkschaftssekretär auf, sondern zum Zurückweichen vor den nationalliberalen Terroristen! Im weiteren Verlauf der Verhandlungen erklärte der Vorsitzende des Arbeitervereins, daß er den Austrag habe, die Namen der Vereinsmitglieder einzuschicken, das möge doch ein jeder bedenken! Wie von jedem „Ansturzverein“, so verlangte die Behörde also die Einreichung der Mitgliederliste, und wie man bestreitet, so werden diese Listen den Unternehmern, hauptsächlich den größeren Werken, zur Veranlassung des weiteren Vorgehens überlassen. Vor diesen schwarzen Listen bekommen die „mutigen“ und „tapferen“ Arbeiter einen solchen Respekt, daß sie beschloßen, zurückzuweichen. Der Vorsitzende der Arbeitervereine erklärte, die „Volkszeitung“ enthält an den Beschluß folgende Betrachtung:

„Was, wenn alle Stricke reißen, greift man zu demselben verwerflichen Mittel, das in der Wahlzeit gebraucht wurde; man droht mit Nachteilen im Arbeitsverhältnis! Daß man auf diese Weise die Leute förmlich wieder in den Kreis der Arbeitervereine zwingt, ist geradezu unerschrocken, aber echt saarabisch! Gebiete Soldaten oder gute alte Krieger, die auf dem Schlachtfeld dem Tode fürs Vaterland nicht fliehen, die Augen geschlossen, sollten sich durch solche Mittel eigentlich nicht zwingen lassen, gegen ihre Überzeugung zu handeln. Aber man kann es verstehen; der Winter steht vor der Tür, sie fürchten, daß ihre Familien in Not geraten, und darum geben sie nach, und so erziehen die Freunde des Arbeitervereins die Mehrheit. Diejenigen, welche gegen ihre Überzeugung gestimmt haben, werden es eines Tages ganz sicher bereuen.“

Da haben wir ein treffliches Bild vom „nationalen“ Terrorismus. Abgediente Krieger, Leute, die auf dem Schlachtfeld geküßt haben, wurden so eingeschüchelt, daß sie aus Furcht vor Maßregelung dem nationalliberalen Arbeiterbund wieder beitraten. Wenn zwei Arbeiter sich prügelten, und es sind zufällig Mitglieder verschiedener Organisationen, gleich ist eine furchterliche Terrorismusgeschichte fertig und in alle Schachnachrichten lanciert. Was man früher als ein für die breite Öffentlichkeit gleichgültiges Vorkommnis ansah, ist heute unwiderruflich „sozialdemokratischer Terrorismus“. Die „sozialen“ Scribenten in M. Gladbach haben den „Ruf“, diese Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu Gunsten der Schachmacher in ein System gebracht zu haben. Solange noch ein detarierter, wirklicher Terrorismus wie in Saarabien sich ungeniert ausstoben kann, sollte jeder, der es ehrlieh mit dem Volke meint, die Reihen unter den Arbeitern mindestens nicht aufkaufen.

### Die Wahlen.

welche am 28. Dezember in Bergedorf und Dillmen stattfanden, felsen für unsern Verband unglücklich aus. In Bergedorf, wo eine Ersatzwahl für den ausgeschiedenen Vorsteher stattfand, erhielten unsere Kandidaten 122 bzw. 120 Stimmen, die christlichen Kandidaten 159 bzw. 157 Stimmen. Bei der Wahl 1904 hatten unsere Kandidaten mit 1 Stimme Mehrheit gestiftet. Der jetzige für uns unglückliche Ausfall der Wahl ist darauf zurückzuführen, daß viele tüchtige Kameraden infolge Maßregelung nach dem Streik 1905 und aus anderen Gründen nach anderen Zahlstellen verzogen sind. Trotzdem hätten wir einen Erfolg erzielen können, wenn sich die Kameraden in der Kandidatenfrage besser einig gewesen wären. Der Ausfall der Wahl hat jedoch gezeigt, daß nur durch einmütiges, geschlossenes Handeln etwas zu erreichen ist und herartige Streitigkeiten nur dem Gegner zum Vorteil sind. Hoffentlich sehen die Kameraden dieses ein und ziehen daraus die nötige Lehre, damit die Scharte demnächst wieder ausgegürtet werden kann. In Dillmen erhielten die Kandidaten je 14, die Gewerkschaftskandidaten je 18 Stimmen. Es handelt sich hier um einen neugebildeten Sprengel. Unsere Mitgliedschaft ist aber dort noch sehr jung und klein, so daß, wenn man die Mittel in Betracht zieht, die dem Gegner im schwarzen Kleidungsstück zur Verfügung stehen und die großen Schwierigkeiten, mit denen unser Verband dort zu kämpfen hat, ein größerer Erfolg nicht zu erwarten war. Das Stimmenverhältnis zeigt zudem, daß der Gewerkschaftsverein auf diese Siege nicht stolz zu sein braucht.

**Wohnum. Mißbrauch von Vereinslisten.** Durch die Spruchpraxis des Kammergerichts sind die Gewerkschaften bekanntlich den Bestimmungen des § 2 des Vereinsgesetzes unterworfen und somit verpflichtet, die Polizei ein regelmäßig zu ergänzendes Mitgliederverzeichnis einzureichen. Wie diese Bestimmungen zugunsten des Unternehmens angewendet, wie von der Polizei solche Listen den Unternehmern in die Hände geliefert werden, ergab wieder drastisch eine Strafkammerverurteilung zu Ostingien, in der sich unser Bezirksleiter Kamerad Edm. Graf als Sangerhausen wegen Aufzählung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander (§ 130 des Strafgesetzbuchs) zu verantworten hatte. Der Urkunde liegen Neuzugänge zugrunde, die Kamerad Graf in einer Rede über „Die Polizei im Dienste des Unternehmens“ am 17. Oktober im Schützenhaus getan haben sollte. Diese Veranlassung war veranlaßt zum Protest gegen eine Beschränkung des Koalitionsrechts. Die Arbeiter der Schwerpatfabrik in Lauterberg, die geschlossen dem Bergarbeiterverband beigetreten waren, hätten gegen den Terrorismus des Geldes und der Polizei einen härteren Stand. Die junge Organisation sollte aus diesem Ausbenennungsparadiese durchaus getrieben werden. Dabei fand man natürlich die Behörde sofort hilfsbereit. Der Landrat des Kreises Duderstadt verschaffte sich von der Bochumer Polizei eine Liste der Lauterberger Mitglieder des Bergarbeiterverbandes und mit dieser Liste entfaute er stracks dem Gendarmen in die Fabrik, wo dieser nun im holden Verein mit dem Herrn Arbeitgeber die Arbeiter zur Rede stellte, ob sie Mitglieder des Verbandes seien. Als nur 6 von 30 Arbeitern zunticken, hielt er den übrigen seine Liste vor Augen: „Ihr 11 steht aber auch drin!“ Der Gendarm — Wachtmeister Böhm — verweigerte in der Verhandlung die Auskunft, zu welchem Zweck das Mitgliederverzeichnis befragt worden sei, und zwar bezog er sich auf Anraten des Staatsanwalts auf sein „Amtsgeheimnis“. Ein merkwürdiges Amtsgeheimnis, dessen sich der Beamte erst erinnerte, als er sich wegen eines demagogischen Verrats des Amtsgeheimnisses öffentlich verantworten sollte! Der Angeklagte Kamerad Graf legte vor Gericht dar, daß er lediglich seine Verbandskollegen ermahnen habe, sich ihre ruffähigen Kameraden zum Vorbild zu nehmen, die trotz aller Gewalt und Schikane aus ihrer Organisation festhalten. Das Gericht vermochte denn auch zum Glück den ruffähigen Unternehmern des Staatsanwalts nicht zu folgen und sprach den „Angeklagten“ frei. Das Urteil führte aus, daß der § 130 nur von einer Aufzählung verschiedener Bevölkerungsklassen handle, die Polizeibehörde aber keine solche Bevölkerungsklassen sei. Ueberdies stellte das Gericht fest, daß der „Angeklagte“ in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe, indem er die dem deutschen Arbeiter durch das Gesetz verbrieften Rechte, besonders das Koalitionsrecht, schützen wollte. Ein

nur knapper Pflaster auf die Wunde der Polizei ist es, daß das Gericht den Kameraden Graf wegen formaler Verletzung des Gendarmen zu 50 Mark Geldstrafe verurteilte.

**Gladbach.** Das Demingamentum wird allorts am meisten verachtet. Welche Verachtung muß aber erst einem Gewerkschaftler zuteil werden, der sich soweit herabläßt, seinen Arbeitskollegen vor dem Vorgesetzten zu demütigen, daß selbiger von einer sozialpolitischen Einrichtung, dem Berg-Gewerkschaftsrat, bereits Gebrauch gemacht habe. Diesen traurigen Ruhm hat sich der Herr Gewerkschaftsleiter in der Fabrik W. H. H. erworben. W. hätte mit seinem Arbeitskollegen in der Arbeit Streit gehabt und hierdurch sich soweit beeinträchtigen lassen, sich über seinen Arbeitskollegen vor dem Vorgesetzten „müßwillig“ auszusprechen. Um jedoch seinen Mitarbeiter vor dem Beamten in ein recht schlechtes Licht zu stellen, machte W. die Bemerkung, daß sein Arbeitskollege schon am Berg-Gewerkschaftsrat war. Aufsehend muß W. bei dem vorausgehenden Streite im Unrecht gewesen sein, andernfalls er doch den Gebrauch eines selbstverständlichen Rechtes nicht überflüssigerweise mit Hintelgezerr hätte. W. hätte aber konsequenterweise auch gleich hinzusetzen sollen, daß sein Mitarbeiter die Klage am Berg-Gewerkschaftsgericht gewonnen hatte, somit nur als Verursacher sein Recht geltend habe. Wenn W. aber glaubt, daß jeder Arbeiter ein ihm zugewiesenes Unrecht ruhig einstecken solle, dann begreifen wir es wirklich nicht, warum W. einer Organisation angehört, da diese doch dazu da sind, den Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Von einem organisierten Bergarbeiter sollte man wahrhaftig ganz was anderes erwarten. Dies auszusprechen ist der Allgemeinheit wegen notwendig.

## Oberbergamtsbezirk Bonn.

**Niedorf.** Bei der Reform des Knappschaftsstatuts im Rheinrevier gingen die beiden Bergarbeiterorganisationen anfänglich getrennt, später auf Veranlassung der Verbände gemeinsam vor. Diese Einigkeit scheint aber gewissen Zentrumsagitatoren nicht zu gefallen. Sie versuchen deshalb alle Mittel, die Bergarbeiter auseinanderzubringen. Freilich tun sie das nicht offen, dazu scheinen sie noch nicht den Mut gefunden zu haben, aber desto mehr wird im geheimen und hinterlistig gehandelt und verleumdet. Einzelne Sätze, die von Verbandsmitgliedern, irgendwo gesprochen wurden, reißt man aus dem Zusammenhang oder fälscht Wortlaut und Sinn und bringt den so zubereiteten Ungeheuer in die Zentrumspressen oder in die Blätter der „christlichen“ Gewerkschaften. So glaubt der Nachener „Volksfreund“ vom 17. Dezember berechtigt zu sein, dem Mitgliede des Bergarbeiterverbandes G. Gewerkschaftsleiter vorzuhalten. Das Blatt schreibt, G. habe gesagt, daß das Knappschaftsstatut in seiner jetzigen Form hätte abgelehnt werden müssen; dafür, daß es anders kam, werde der Gewerkschaftsleiter K. K. K. auf Grube Maria einen Beamtensposten bekommen. Nach dem „Bergmann“ soll G. gesagt haben, im Gewerkschaftsverein seien nur Spitzhüben und fittlich verkommene Menschen. Der „Volksfreund“ behauptet weiter, der Vertrauensmann des „sozialdemokratischen“ Verbandes, S., habe von einem Grubenbeamten erfahren, daß der Gewerkschaftsleiter S. auf Grube „Kämpchen“ gemahregelt werden solle, er habe es diesem aber nicht mitgeteilt. Ferner wird erzählt von einem Aeltesten und Genossen J. auf Grube Goules, der dem Gewerkschaftsverein zu schaffen mache. Demgegenüber wollen wir zunächst bemerken und feststellen, daß der Bergarbeiterverband auf Grube Goules keinen Aeltesten als Mitglied hat, dessen Name mit J. beginnt. Wohl ist uns auf Goules ein Gewerkschaftsagitator namens J. n. d. bekannt. Jedenfalls scheint hier wieder eine Verwechslung vorzuliegen, wie vor ein paar Jahren, als der „Bergmann“ eine Verleumdung gegen das Verbandsmitglied F. gebracht hatte, vor Gericht aber nicht den geringsten Beweis bringen konnte und zugab, daß F. mit der ihm vorgeworfenen Geschichte überhaupt nichts zu tun hatte. Was ist nun an der Geschichte von der Maßregelung? Als Zentrumswahlkomitee-Mitglied hatte S. Eismich dagegen protestiert, daß der Vorsitzende des Arbeitervereins, der Grubenbeamte W., im Arbeiterverein Flugblätter gegen das Zentrum verteilt hatte. Nachher hatte der Beamte W. mit dem Kaplan von Rühlscheid eine Auseinandersetzung am Gericht über Reichstagswahlgeschichten, in welcher Sache Eismich als Zeuge auftrat. Während die Sache schwebte, wurde die Angelegenheit auch auf Grube Kämpchen von den Arbeitern besprochen, bei welcher Gelegenheit es gerade Mitglieder des Gewerkschaftsvereins waren, die sagten, daß Eismich gemahregelt würde. Wer Beziehungen zu den Grubenbeamten hat, dies dürfte wohl die letzte Gemeinderatswahl in Rühlscheid vollst. beriefen haben, wo der nämliche angeblich „gemahregelte“ Herr Eismich als Agitator des „christlichen“ Gewerkschaftsvereins mit dem Gewerkschaftsagitator Wallot und dem liberalen Grubenbeamten Trenzler, aus einer gemeinsamen Liste als Gemeinderatsmitglieder aufgestellt und gewählt wurden. Hier sehen wir also, daß „christliche“ Gewerkschaftler, die angeblich für die Arbeiter Sache gemahregelt sind, bei Gemeinderatswahlen mit den liberalen Grubenbeamten Arm in Arm gehen. Nun zu der Sache des Verbandsmitgliedes G., der mit dem „christlichen“ organisierten K. auf Grube Maria zusammen arbeitet. Vor kurzem hielt dieser es für notwendig, dem Verbandsmitglied V. Vorhaltungen zu machen, über einen unehrlichen Kaffierer einer freien Organisation. Hierauf erhielt er die Antwort, daß er als Gewerkschaftsleiter keine Ursache habe, für die Fehler eines einzelnen eine Organisation verantwortlich zu machen, denn auch im Gewerkschaftsverein befänden sich Leute, die nicht so wären, wie sie sein sollten. Hierbei wies G. auf ein Gewerkschaftsmitglied hin, das aus dem Verband ausgeschlossen worden war. Diese geringfügige Geschichte wird zur Behauptung aufgebauscht: G. habe gesagt, im Gewerkschaftsverein seien nur Spitzhüben und fittlich verkommene Menschen. Dies kann nur den Zweck haben, die Mitglieder des Gewerkschaftsvereins gegen die Mitglieder des Bergarbeiterverbandes aufzuheizen und die erachtete Verleumdung der Bergarbeiter zu fördern. Schließlich macht der „Volksfreund“ in seinem Artikel folgende Schlussbemerkung: „Statt die christlichen Aeltesten zu verächtlichen, dürfte es sich für gewisse Leute empfehlen, etwas über gewerkschaftliche Grundzüge nachzudenken. Vielleicht macht dann gewisse G. nicht mehr als fünf Ueberlebenden in kurzer Zeit. Und solche Elemente wollen die Gewerkschaftsleiter schulmeistern!“ Diese Behauptung, unser Kamerad hätte solviel Ueberlebenden verfahren, ist unwahr und der Schreiber, Herr K. K. K. aus Kirchrat weiß das auch ganz genau. Kamerad G. hat nicht nur keine Ueberlebenden gemacht, sondern von April bis November nicht einmal alle laufenden Schichten verfahren. In diese Zeit fielen 20 laufende Schichten. G. hat aber nur 19 1/2 Schichten laut seinem Lohnbuch verfahren. Die 1/2 Fehlschichten hat G. aus Anlaß von Krankheits- und Todesfällen in der Familie feiern müssen. Hoffentlich sind die jedenfalls recht unchristlichen Väterwäuler mit der Konstatierung dieser Tatsache zufriedengestellt und spielen nicht weiter damit mit der Ehre ihrer Mitmenschen.

## Königreich Sachsen.

**Borna.** Die kürzlich stattgefundenen Wahlen der Vorgesetzten zum Berg-Gewerkschaftsgericht endeten wie schon mitgeteilt mit einem durchschlagenden Erfolg des Bergarbeiterverbandes. Mit Ausnahme des Wahlbezirks Wölfnitz (Ortmannsee Becken) legten die Verbandskammeraden in allen Wahlbezirken, und auch in Wölfnitz hatten wir einen Erfolg erzielt. Können, wenn die dortigen Kameraden besser auf dem Posten gewesen wären. Der unorganisierte Arbeiterkandidat siegte dort mit nur zwei Stimmen Mehrheit, gegen ein sehr dürftiges Resultat und zu bedauern ist nur, daß durch die Gleichgültigkeit unserer Kameraden diese zwei Stimmen nicht überholt wurden. Die Kameraden der königlichen Gruben brachten ebenfalls unsere Kandidaten durch, obschon von der Gegenseite alles aufgegeben wurde, um die bisherigen Werkliste durchzuführen. Besonders hat es bei den Herren Beamten sehr verdorrt, daß unser Bezirksleiter mit in die Agitation für die Verbandskandidaten eingriff. Die Verhältnisse mögen sich aber beruhigen, der Verband wird dafür sorgen, daß auch in Zukunft die Ehrenämter, welche die Bergarbeiter zu vergeben haben, an wirklich geeignete und vertrauenswürdige Kameraden vergeben werden. Arbeiter, denen der Mut fehlt, sich der Organisation anzuschließen, oder Beamte, halten wir für derartige Posten nicht geeignet. Trotz des Sieges wollen wir es aber nicht unterlassen auf die Mängel hinzuweisen, die sich bei der Wahlbewegung herausgestellt haben. Vor allen Dingen muß gerügt werden, daß die Wahlbereitschaft selbst an manchen Stellen eine sehr schwache war. Ob diese Erscheinung nur auf die mangelnde Vorbereitung oder Gleichgültigkeit der Kameraden zurückzuführen ist, muß festgestellt werden. Auf alle Fälle müssen es sich die Kameraden zur Aufgabe machen, die vorhandenen Mängel zu beseitigen und die Reihen zu weiten und diese Wahl gegeben, für die Zukunft zu beherzigen. Wenn bei späteren Wahlen für uns kein Rückschlag, keine Enttäuschungen eintreten, dann ist eine bessere gründlichere Vorbereitung unter allen Umständen notwendig, damit auch der letzte Wahlberechtigte sein Wahlrecht ausüben kann. Die Wut der Werkherren ist natürlich über den Ausfall der Wahl groß und auf den Verzicht der Vorgesetzten sollte sogar der gewählte Kandidat, Kamerad J. n. d., kurz nach seiner Wahl gemahregelt werden. Der Obersteiger mußte aber aus naheliegenden Gründen die Agitation zurückziehen. Die Gleichgültigkeit hätte sich ohne Zweifel mit dem gekündigten Kameraden solidarisch erkl. und so fanden denn Einigungsverhandlungen statt,

die aber zunächst zu keinem Resultat führten. Die Vertriebsleitung beschränkte sich darauf, den Verband in unsicherer Weise heranzuziehen und so ihrem ohnmächtigen Willen Luft zu machen. Hierauf zielte die gewählte Kommission der Arbeiter die Vergewaltigung in Leipzig an und durch deren Vermittlung wurden die Differenzen dann beseitigt. Aufgabe der gewählten Verbandskammeraden muß es nun sein, das in die gefasste Vertrauen zu rechtfertigen. Dazu ist aber ein eingehendes Studium der sozialpolitischen Gesetzgebung und eine praktische Verwertung des Erlernen Vorbeugung. Das seitens der Organisation gelieferte Material muß eingehend studiert und vor allen Dingen müssen auch die Sitzungen der Berg-Gewerkschaftsgerichte regelmäßig besucht werden. Dort sollen vor allen Dingen die praktischen Erfahrungen ausgetauscht und wertvolle Hinweise für die Praxis gegeben werden. Auch bei Lohnfreiheit und anderen Differenzen, welche zwischen Unternehmern und Arbeiter entstehen und wo das Berg-Gewerkschaftsgericht als Einigungsamt angetreten wird, können die Vorgesetzten einen sehr segensreichen Einfluß ausüben, wenn sie eine gute Schulung besitzen und sich ihrer Aufgabe bewußt sind.

**Lugau. Sperre trotz Arbeitermangel.** Daß die Bergarbeiter resp. deren Arbeitskraft nicht nur in der letzten Zeit, sondern auch jetzt noch eine gern gesuchte und brauchbare Ware sind, kann man im hiesigen Revier überall beobachten. Abgesehen davon, daß man kein Mittel scheut, um ausländische Arbeiter heranzuziehen, versucht man auch möglichst das Wechseln der Arbeitsstelle zu verhindern. Es will also jedes Werk seine Arbeitskräfte behalten. Beamte von verschiedenen Werken liegen sich in den Saaren, weil dieser oder jener versucht haben soll, durch Versprechungen die Arbeiter nach seinem Werke zu locken. Man macht sogar die Väter verantwortlich, wenn ihre Söhne nicht dort bleiben, wo der Vater sein Brot verdient. Mit einem Wort, man zerschneidet sich bald um die lieben Bergarbeiter. Trotz diesem Mangel an Arbeitskräften halten die Grubenbesitzer ihre Abmachungen streng inne. Einem Kameraden, welcher auf Veranlassung von Arbeit anfragte, erklärte der dortige Revierleiter: Leute werden gebraucht, aber von der „Sperre“ (gemeint ist der Streikloshaltenverein Gottesdienst in Lugau) könnte er niemand annehmen. Hier haben wir wieder die schon so oft abgetragene Sperre in schönster Offenbarung. Auf verschiedenen Werken versuchten gewisse Leute Weisheitsbestimmungen zu machen. So wird unter anderem von der Kaisergrube berichtet, daß die am 1. Dezember in Kraft getretene Kohlenpreiserhöhung für die dort beschäftigten Arbeiter keine Wirkung hat, indem für dieselben der alte Preis bestehen bleibt — und zwar auf vorläufig werden der Kohlenpreise — Schnappen des genannten Werkes. Nun soll man noch jemand sagen, daß man nicht die materiellen Interessen seiner Mitglieder vertritt, wie der § 2 Absatz 4 besagt. Ja, man ist hier noch weiter gegangen und ist auch für die mit eingetreten, welche sonst mit diesen Leuten nichts gemein haben wollen. Fast hätten wir uns hürtschließen lassen und „danke schön“ gesagt, wenn wir nicht plötzlich auf den Gedanken gekommen wären, daß jetzt schon die Arbeiter billigeren Kohlen bekommen. Vor vielen Jahren waren es nämlich die damaligen Arbeitervertreter, welche bei der Grubenverwaltung vorstellig wurden, um billige Kohlen für die Verbandsmitglieder zu erlangen. Einige Tage darauf wurde durch Anschlag bekannt gemacht, daß die Arbeiter Kohlen zu billigerem Preise bekommen, aber nicht mitgeteilt, daß dies auf Vorstellig geworden der Arbeitervertreter geschähe ist. Die Zeiten ändern sich eben. Wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß man durch eine derartige Bekanntmachung den Knappschaftsverein in empfehlende Erinnerung bringen will, sondern wollten nur unseren Kameraden zeigen, wie leicht man es fertig bringt, die Weltler aufeinander zu bringen. Unsere Kameraden stehen auf dem Standpunkt, daß sie durch die Wüte anderer Leute nichts geschuldet haben wollen, sondern halten es als ganz selbstverständlich, daß den Arbeitern billigeren Kohlen geliefert werden.

**Oberplanitz.** Die Gleichgültigkeit und Interessenlosigkeit unter den hiesigen Mitgliedern ist sehr groß, die Besprechungen werden sehr schlecht besucht, auch wird die Bibliothek wenig benutzt. Die Ausgabe der Blätter erfolgt jeden Sonntag Vormittag von 11 1/2—12 Uhr im Gambirius, Oberplanitz, Schulstraße 219. Die Kameraden haben also die beste Gelegenheit, von unserer Bibliothek den ausgiebigsten Gebrauch zu machen und es ist darum zu bedauern, daß es so wenig geschieht, daß das Bildungsbedürfnis nicht größer ist. Das kann und darf so nicht weiter gehen, die Kameraden müssen sich immer vor Augen halten, daß sie nur durch sich selbst etwas sein können. Daß aber diese Interessenlosigkeit für das Wohl des Einzelnen und der Gesamtheit geradezu verberlich ist, mühte doch jedem ohne weiteres einleuchten. Ferner ist es notwendig, unseren Vereinswitz besser zu unterfüttern, statt die Grobchen zu anderen Wirten zu tragen, die wohl die Arbeitergroßen haben wollen, für die Interessen des Arbeiters aber nicht das geringste Verständnis besitzen. Der Arbeiter, der solche Wirte unterstützt, hat verdient, daß man ihn verachtet, denn nur die allerhöchsten Stalber, wählen ihre Wegger selber. Wer noch nicht alle Selbstachtung verloren hat, muß zur Erkenntnis seiner Klassenlage kommen und so handeln, wie es sein Interesse erfordert.

**Oberplanitz.** Von hier wird uns geschrieben: Auf den Armin-Werten ist es seit vielen Jahren gebräuchlich, daß ein Arbeiter, welche 30 und mehr Jahre ununterbrochen auf den Werken gearbeitet haben, eine Medaille und ein Geldgeschenk verabreicht wird. Dieser Gebrauch fand auch am 16. November d. J. bei 50 Arbeitern und 70 Invaliden Anwendung; d. h. es erhielt ein jeder 100 Mk. an Geld und die Arbeiter noch eine Medaille, welche die Invaliden schon früher erhalten hatten. Eine Anzahl Invaliden, welche ebenfalls 30 bis 40 Jahre dem Werke treu gedient haben, waren gar nicht erst geladen worden und gingen deshalb bei der Geldverteilung auch leer aus. Daß dieselben die 100 Mk. ebenso notwendig gebrauchen könnten, ist wohl selbstverständlich, wenn man bedenkt, daß die jährliche Pension bloß 488 Mk. und noch darunter beträgt. Die bürgerliche Presse hat nun über die angebliche Hochherzigkeit der Arminwerte ein großes Postamt angeklammert und der stauenden Mittel erzählt, daß es neue Eingebundenheitsmedaillen waren, welche an die betreffenden Arbeiter zur Verteilung gekommen sind. Ist denn diese „Wohlthätigkeit“ aber wirklich soviel Aufhebens wert? Wir sagen nein. Die Werkleitung hat es leichter verstanden, die Arbeiter von der Verteilung an den stattgehabten Streiks abgelenken. Aus Dankbarkeit hierfür wurden die Kapitalbeiträge zum Werke bezahlt. Diese Einrichtung hat sich aber keinesfalls für die Verbandsmitglieder erwiesen. Infolge dieser „Zuorkommenheit“ des Werkes sind die Invaliden nämlich der Wohlthat des Reichszuschusses verlustig gegangen. Was es für einen Invaliden heißt 50 Mk. pro Jahr mehr oder weniger haben, kann bloß der ermessen, welcher die Not und Sorge eines Vergewaltigten kennt. Auf anderen Werken bekommen alle Arbeiter, wenn sie vom Arzt für invalide erklärt werden, neben den 25 Wochen Krankengeld auch noch die Invalidenpension ausbezahlt. Auf den Arminwerten gibt jedoch bloß das Krankengeld für 26 Wochen. Auch ist es vorgekommen, daß invalide gewordene Arbeiter gar nicht erst das Krankengeld erhalten haben, sondern gleich die Invalidenpension; diese beträgt 9 Mk. pro Woche, aber das wöchentliche Krankengeld 12 Mk. Wenn man sich also den Arbeitern dankbar erweisen will für unverbrüchliche Treue in der Arbeit, so darf diese Dankbarkeit aber nicht zum Schaden der Arbeiter ausschlagen, denn sonst ist es keine Dankbarkeit mehr, sondern bloß ein verdeckter Geschäftsakt. Dieser ungesunde Zustand ist auch von Kapitalverwertern erkannt worden, weshalb sie das Arbeiterleben stellten, daß die Arbeiter wieder Beiträge zahlen sollten, aber dieses wurde vom Werke abgelehnt. Diese in der bürgerlichen Presse angeklammerten Lohnhühner auf das Werk waren daher höchst unangebracht. Man sollte lieber die Invalidenversorgung zu regeln, daß sie anderen Werken nicht nachsteht. Wenn eine Anzahl Invaliden mit einem Geldgeschenk abgepflegt werden, während andere davon ausgeschlossen bleiben, obwohl sie ihre Jugend und Manneskraft ebenso wie jene dem Werke geopfert haben, so ist das eine Ungerechtigkeits, die der Abhilfe bedarf. Uebrigens haben die Arbeiter die 12000 Mk. schon tausendfach verdient, das Werk braucht sich auf seine „Opferwilligkeit“ nichts einzubilden.

## Oberbergamtsbezirk Breslau.

**Bautzendorf.** In der letzten Mitgliederversammlung wurde die Ortsverwaltung gewählt und zwar wurden die alten Kameraden, die bisher ihr Amt zu versehen hatten, wiedergewählt. Weiter wurde eine Kommission gewählt, die dafür sorgen soll, daß die Agitation besser betrieben wird. Außerdem ist es zu bedauern, daß ein Teil der Mitglieder nie zu den Versammlungen erschienen. Es ist dieses ein unglücklicher Zustand, mit dem unbedingt gebrochen werden muß, wenn wir hier wie auch anderwärts vorwärts kommen wollen. Die Ortsverwaltung und die Kommission zur Unterstützung derselben sind gewählt, damit sind aber die Pflichten der übrigen Mitglieder nicht erledigt. Müht euch auch der übrigen Mitglieder ist es, ebenfalls für den Verband tätig zu sein und vor allen Dingen auch die Versammlungen zu besuchen, denn nur durch die unermüdete Arbeit aller Kameraden sind dauernde Erfolge zu erzielen.

